Gegen die Kautsky Mache

Menschliche Rechtfertigung Wilhelms II.

Nach seinen Randbemerkungen in den Akten des Auswärtigen Amtes

VON

FRIEDRICH FREKSA

PREIS 3.50 MARK

RÖSL & Cie. VERLAG
MÜNCHEN

MENSCHLICHE RECHTFERTIGUNG WILHELMS II.

NACH SEINEN RANDBEMERKUNGEN
IN DEN AKTEN DES AUSWÄRTIGEN AMTES

HERAUSGEGEBEN VON

FRIEDRICH FREKSA

1920

RÖSL & CIE. / MÜNCHEN

Alle Rechte, besonders das
der Übersetzung, vorbehalten.

UTB

Inhalt

Vorwort an Stelle eines Nachwortes 1
Einleitung 3
I. Kautsky zeugt gegen Kautsky 9
II. Randbemerkungen Wilhelms II. und ihre Bedeutung 11
III. „Die Verschwörung zu Potsdam“ 16
IV. Kautsky und Eisner 32
Die Schuldfrage 38

Vorwort an Stelle eines Nachwortes

Die Ereignisse sind in Fluß geraten. Die Auslieferung wird für das deutsche Volk schreckliche Wirklichkeit. Da beginnt es den Leuten zu grauen, die durch die Anhäufung der angeblichen Schuldbeweise der Entente Material für die Strafbestimmungen des Friedensvertrages geliefert haben.

Graf Montgelas, der Pazifist, hat als Mitherausgeber des Kautskymaterials jetzt so viel hinzugelernt, daß er nunmehr folgende Sätze seiner früheren Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage ausdrücklich zurückzieht.

1. Die Annahme des bewußt herbeigeführten Präventivkrieges. Sie ist für den Grafen Montgelas zusammengebrochen mit der Legende von der großen Kriegsberatung in Potsdam unter Teilnahme der Generalstabschefs beider Armeen und seit dem Bekanntwerden näherer Einzelheiten über die tatsächliche Haltung der deutschen Politik gegenüber der österreichischen nach dem 28. Juli.

2. Die Behauptung, daß die Auffassung „Mobilmachung" gleich „Krieg" ausschließlich deutschen Ursprunges sei.

Diese Anschauung läßt sich nicht mehr aufrechterhalten, seitdem der Inhalt der französisch-russischen Militärkonvention bekannt geworden ist, ergänzt durch die weiteren Veröffentlichungen aus den russischen Akten.

3. Der Vorwurf, daß in den letzten Tagen der Krise Österreich-Ungarn durch Deutschland verhindert worden sei, einzulenken. Die jetzt bekannten Tatsachen beweisen, wie Graf Montgelas einräumt, das genaue Gegenteil.

Graf Montgelas nahm früher den Standpunkt ein, alle Auszuliefernden hätten sich dem Feinde freiwillig zu stellen. Heute, wo der Name Graf Montgelas auf der Auslieferungsliste steht, hat er seine Überzeugung vor aller Öffentlichkeit gewechselt.

Was seine früheren Bekenntnisse uns geschadet haben, wird durch die Überzeugung des Grafen Montgelas von heute nicht wettgemacht. Wir erheben auch keinen Vorwurf gegen ihn.

Schilderungen der Taboriten in der Geschichte des Sozialismus. Für nationales Deutschtum hat er als Tscheche und Sozialfanatiker nichts übrig. Darum war ihm die Veröffentlichung der Schuldakten von seiner Partei übertragen, die sich durch diese Art der Objektivität moralische Einwirkung auf die Führer der Entente versprach.

Später wurden mit der Nachprüfung Graf Montgelas und Professor Schücking betraut. Mit der Herausgabe ward gezögert. Allmählich sahen wohl Männer der neuen regierenden Schicht ein, daß es mit der Politik der Selbstgeißelung doch nicht so einfach ginge, wie erhofft wurde. Aber die Fanatiker der Partei wollten innerpolitische, keine außenpolitischen Wirkungen. Die Herren der früheren Zeit zu diskreditieren, ihre Einwirkungen zunichte zu machen, schienen ihnen des Kampfes und Preises wert. Immer und immer wieder wurde darum die politische Schuldfrage aufgerollt. Aus diesem Grunde wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, aus diesem Grunde wurde Lüge auf Lüge gehäuft, aus diesem Grunde wurde versucht, ein militärisches Sündenregister zusammenzustellen, und aus diesem Grunde wurde Kautskys Broschüre geschrieben.

Sie können freier atmen, wenn der Kaiser, Ludendorff, Hindenburg und andere Heerführer und Politiker, wie Helfferich, Bethmann Hollweg, Jagow, in Ententezuchthäusern schmachten. Nur den neuen Herren soll das urteilslose deutsche Volk Weisheit und Fürsicht zutrauen.

Die neuen Herren sollen allein beim urteilslosen deutschen Volke Geltung behalten, und die Erinnerung an das Alte, die Tradition einer großen Vergangenheit, eines Aufstieges durch zwei Jahrhunderte soll unter Schmutz und Schmach begraben werden. Soll ich das nun, um mich der Redeweise des Historikers Kautsky zu bedienen, ein sauberes Plänchen nennen oder „eine Verschwörung zu Weimar"?

Daß dies alles absichtslos aus dem Willen des Herrn Karl Kautsky, aus dem Zwange seiner historischen Geschichtsauffassung heraus geboren sein will, möchte ich mit Fug und Recht bezweifeln. Es wirkt das Wort des Scheidemann mit der unverdorrten Rechten nach, der in Weimar sagte: „Wir werden die Herren schon zu fassen kriegen!" Ein Pröbchen reiner Demokratie ist es, das wir da in unserem deutschen Fleische erleben: Die Machthaber von vordem werden zu Ehren der heutigen Machtnutznießer an den Feuern der Partei geröstet.

Der Tscheche Kautsky ist der Kohlenträger und Küchenjunge des Koches Scheidemann.

Aber sollen wir Deutsche, die wir die Volksgenossen höher werten als die Partei, eine solche Selbstentehrung unseres Volkes zulassen?

Es gilt den menschlichen Kampf zu führen, um Wilhelm II. von Hohenzollern der Rachsucht der Feinde unseres Volkes zu entreißen. Der Kaiser ist uns ein Symbol der gesamten Neunhundert. Wir kämpfen um ihn, weil er ein Deutscher ist. Und vielleicht müssen es uns die jetzigen Machthaber einst danken, daß wir für diese Idee fechten, denn kommen wird eine Zeit, da wir mit irgendwelchen Ausländern um der heutigen Machthaber Köpfe kämpfen müssen. In der Stunde der Not wollen wir es beweisen, daß uns der Deutsche auch als politischer Feind als Bruder gilt gegen den Feind.

Anmerkung: Unabhängige Zeitungen wie die Berliner „Freiheit", vor allem aber der Münchner „Kampf", stellen den Klassenkampf bewußt höher als das Nationalgefühl. Sollte es zu einer Auslieferung kommen, so dürfte es die Parole eines jeden anständigen Deutschen sein, keine Hand zu rühren, um die Brüder den Ententehenkern und -schindern auszuliefern. Der „Kampf" aber raffte sich zum Bruderverrat auf und hetzte: „Es werden sich Arbeiter finden, die die Auslieferung vollziehen." Folgerichtig üben diese Blätter Verrat, wo es gilt, deutsches Material anzuzeigen oder unseren Feinden Spitzeldienste zu leisten. Der Deutsche lebt heute im eigenen Lande nicht nur als Kettensklave der Entente, nein, sogar in der Gesinnung geknebelt von eigenen Volksgenossen, die sich froh grinsend als Sklavenvögte des Feindes gebärden.

Das Geschlecht der Segeste scheint in Deutschland nimmer auszusterben.

I. Kautsky zeugt gegen Kautsky.

Als das von Kautsky und seinen beiden Mitarbeitern zusammengetragene Material vollständig vorlag, konnte die aller Welt verkündete Theorie: Die Mittelmächte seien die Urheber des Weltkrieges gewesen, nicht mehr mit volkszerschmetternder Frechheit aufrechterhalten werden.

Die Depeschen des Deutschen Kaisers an den Zaren zeigen deutlich jedem, der objektiv urteilen will, daß gerade die beiden Monarchen den Frieden erhalten wollten. Andere Strömungen waren es, die den Friedenswillen durchbrachen. Die sagenhafte Verschwörung von Potsdam ist völlig widerlegt durch Dokumente, die von den nachprüfenden Herausgebern des amtlichen Materials Graf Montgelas und Professor Schücking in den Vorbemerkungen veröffentlicht wurden.

Er ist für uns nur ein Beispiel von Millionen von Deutschen, denen heute die demokratisch-pazifistischen Ententeschuppen von den Augen fallen.

Anders steht es mit Herrn Kautsky. Dieser Tscheche hat in seiner Broschüre Lüge mit Lüge bestätigt, er hat, als die Archive gegen ihn sprachen und Männer, wie Graf Montgelas, so anständig waren, ihren Irrtum abzuschwören, seine Verleumdungen aufs neue bekräftigt.

Wenn er jetzt in der „Berliner Volkszeitung" also schreibt:

„Auch überzeugte Pazifisten, die die Urheber der Kriegsgreuel aufs tiefste verabscheuen, vermögen in einem feindlichen Militärgericht nicht das Mittel zu erkennen, unparteiisch die Wahrheit festzustellen und die Verantwortlichkeiten abzuwägen. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sich in Deutschland niemand findet, der die zur Ausführung der Ententeforderung nötigen Polizeidienste leistet, daß die Regierung alle Macht über ihre eigenen Truppen und Polizisten verliert, ja, daß sie selbst darüber sich spaltet, regierungsunfähig wird und keine andere Regierung sich findet, die bereit wäre, an ihrer Stelle die Strafbestimmungen des Friedensvertrages zur Durchführung zu bringen. Was dann? Wird die Entente dann vor dem deutschen Widerstande zurückweichen und ihre Forderung fallen lassen, oder will sie deren Durchführung mit eigenen Truppen erzwingen, oder soll Deutschland, das mühsam anfängt, sich zu beruhigen, dem Chaos und dem völligen Ruin überliefert werden? Jede dieser Alternativen müßte den Politikern der Entente zu denken geben."

so müssen wir vor dem Abgrund dieser bodenlosen Heuchelei staunen.

Der Demagoge spürt, daß der Ehrbegriff des deutschen Volkes nicht erstorben ist, nun versucht er, der alles tat, dieses Ehrgefühl zu vergiften, die Spuren seiner Tätigkeit zu verwischen.

Damit aber sind die Angriffe, die er in den folgenden Seiten gegen ihn gerichtet hat, nicht entkräftet. Seine Art der politischen Parteiarbeit, seine tschechische Sehnsucht, Schuld auf die alte deutsche Regierung zu häufen, sein Haß gegen ein starkes Deutschland haben ihn in den Dienst der Feinde gestellt. Kautskys Broschüre hatte den Zweck, den Deutschen Kaiser als Kriegshetzer darzustellen, die deutsche Regierung und den deutschen Generalstab als Brandstifter anzuklagen. Millionen von Volksgenossen sind durch diese Darstellung vergiftet worden und werden unter dem Fluche dieser Darstellung im fanatischen Trotz, wie es die Münchner U.S.P.-Zeitung, der „Kampf", gefordert hat, hingehen und mit ihren ehrlichen Arbeiterfäusten frühere Führer des deutschen Volkes ausliefern. Gedenket dieser volksverhetzenden, verleumderischen Feinde unseres Vaterlandes in der Stunde, da Deutschland vor Schmach weinen muß!

Einleitung

Das Jahr 1920 soll uns die Vollendung unserer Schmach bringen: Neunhundert Deutsche sollen gemäß dem Verlangen der Entente ausgeliefert und vor Ententegerichten abgeurteilt werden. Unter den Neunhundert befinden sich unsere hervorragendsten Heerführer, Industrielle, vor allem aber der Deutsche Kaiser, gegen den in England beim Staatsanwalt bereits fünfzigtausend Klagen vorliegen.

Das Urteil gegen die Gebrüder Röchling beweist, daß es sich nicht um eine Farce handelt. Die Bestrafung dieser Industriellen, die ihrer Zeit nach Befehlen handelten, soll den deutschen Industriellen durch zehnjährige Zuchthausbrandmarkung ehrlos machen, werk- und handelsunfähig. Die ungeheuerlichen Geldstrafen sollen es ermöglichen, daß der industrielle Besitz dieser deutschen Männer in aller Gerechtigkeit an Frankreich übergehe und die Französisierung des Saarlandes ermögliche.

Werden die anderen Neunhundert geradeso gebrandmarkt, beraubt und entehrt, vor allem der Deutsche Kaiser, dann ist gerichtsnotorisch erwiesen, daß das deutsche Volk ein Lumpenpack, eine Räuberbande gewesen sei, denn nur tiefstehende Charaktere können eine Führerschaft von Zuchthäuslern ertragen.

Ein Auslieferungsparagraph wie im Friedensvertrag zu Versailles ist noch nie dagewesen in irgendeinem Friedensinstrument. Die „Süddeutschen Monatshefte" sagten, als er bekannt wurde, nicht einmal wilde Stämme seien jemals so geschändet worden.

In der Nationalversammlung rief Herr Scheidemann aus, die Hand müsse verdorren, die derartige Friedensbedingungen unterzeichne. Er dankte ab, ließ den Füllfedermann Müller unterzeichnen und hielt seine Hand gesund.

Diese politische Leidensstation unseres Volkes ist das Ziel eines Weges, der mit der Absetzung Bismarcks beschritten wurde. Abkehr von Rußland, Treibhausindustrie, Reichtumsanbetung, Gottlosigkeit sind die vier Marksteine, die auf der Straße zum Kriege Weiser waren.

Die Treibhausindustrie führte zum System des „dumping", wie es die Angelsachsen nennen, Überschwemmung des Auslandsmarktes mit Waren zu Schleuderpreisen, die niedriger waren als die Inlandspreise. Das wurde als unfaire Konkurrenz angesehen. Die Massenproduktion verstärkte den Prozeß der Proletarisierung und veränderte die Struktur unseres Volkes, das früher überwiegend ackerbauend war, zu schnell. Die proletarische Menge wurde gemäß den Ideen des Marxismus antimonarchisch in ihrer Gesinnung und wandte sich in ihren Gefühlen gegen den Zarismus, als die Hauptstütze der Monarchien in Europa. Rußland gab dauernden Propagandastoff für Demokratie und Republik.

Hinter diesem ganzen Prozesse aber steht die Reichtumsanbetung, die keine Klasse unseres Volkes verschonte, fast alle Gemüter vergiftete und so den Boden schuf, auf dem demokratische Gesinnung anzukämpfen vermochte gegen die sittlichen Prinzipien des preußischen Staates, der mit Verantwortung, Rang und Macht belohnte an Stelle des Geldes. Ehre als Lohn scheint auch heute noch bessere Menschen und größere Charaktere zu züchten als Bezahlung mit Geld. Die starken Charaktere unseres Volkes, auch unter den Soldaten, stammen alle aus dem Zeitalter Bismarcks: Hindenburg ist ihr reinster Typus. Unsere jüngeren Generalstabsoffiziere besitzen außerordentlich trainierte Gehirne, aber, wie es ihr Größter mit Trauer bemerkte, viel Biegsamkeit, Strebertum und Opportunismus.

Die Front hat andere Herzen und Stirnen hervorgebracht. Dem Grafen von der Goltz, dem Finnlandsbefreier und Baltikumkämpfer, wurde von einer hohen Generalstabsstelle im Namen der Regierung nahegelegt, doch die Truppen aus Kurland selbst heimzuführen, es würde ihm auch dafür an Dank nicht fehlen. „Ich habe meine Karriere als Charakter begonnen und gedenke sie nicht als Opportunist zu beschließen", gab der Graf zur Antwort. Reichtumsanbetung und Opportunismus hatten die Menschen der Oberschicht in Deutschland moralisch unfähig gemacht zur Durchkämpfung eines Weltkrieges. Die Arbeiterklasse besaß wohl gute Gewerkschaftsbeamte und gute Redner, aber keinen Führer mit starkem politischen Instinkt, wie etwa in England Lloyd Georges, der aus dieser Schicht stammt. Das Volk verließ sich auf die Tüchtigkeit der Regierung; noch immer wirkte Bismarcks Autorität nach.

Wäre das System nicht an sich so gut gewesen, nie hätte dieser Krieg überhaupt bestanden wer-

den können. In der Verzögerung der Niederlage errang der gestorbene Preußengeist einen letzten großen Triumph. Symbolisch war es, daß wir mit dem Feldzugsplane eines gestorbenen Genius, des toten Grafen Schlieffen, in den Krieg gingen, dessen Flankenangriff durch Belgien, wie es jetzt der rote General Gröner bezeugt, England von Frankreich trennen sollte. Aber die Einstellung dieses Kriegsplanes hatte eine politisch andere Voraussetzung des Krieges im Auge, als unsere Staatsmänner sie sahen. Schlieffen dachte an einen schnellen Krieg im Westen und ohne Frage an eine Verständigung mit Rußland im Osten, kannte er als Altpreuße doch die vielerlei dynastischen und persönlichen Bande, die uns mit dem Reiche verknüpften, das uns tatsächlich brauchte. Unter einem Schlieffen hätten wir die Seeschlacht gehabt, die Tirpitz zu Beginn forderte, wäre die ganze Kriegsentwicklung fieberhafter und schneller verlaufen, und damit wäre vielleicht schon in einem halben Jahre der Zeitpunkt erreicht worden, an dem die diplomatischen Lenker unserer Geschicke imstande gewesen wären, Entschlüsse für einen Frieden des Erfolges oder eingestandenen Mißerfolges zu fassen.

In Wirklichkeit aber kämpften wir gegen unsere natürliche Rückendeckung, gegen Rußland zu blutig und zu lange. Wir versäumten den Friedensschluß mit dem Zaren, weil wir ja einen Sozialistenfeldzug gegen den Despoten führten, weil uns die Befreiung der Polen und Litauer und Juden vom zaristischen Joche wichtiger wurde als der Schutz unserer eigenen Haut. Brest-Litowsk ist nur der natürliche Endpunkt auf diesem Wege einer zwangsläufig falschen Politik. Wir führten auf das Zureden unserer Sozialisten das bolschewistische Gift nach Rußland ein wie etwa Pest- oder Cholerakulturen. Diese Verletzung politischer Hygiene rächte sich folgerichtig an uns selbst.

Weil wir den Sozialisten- und Demokratenkrieg gegen Rußland intensiv führten, kam der Zeitpunkt mit unabwendbarer Notwendigkeit heran, an dem die Monarchie offiziell mit der Demokratie und dem Sozialismus paktieren mußte. Allein der Pakt mit den Führern brachte der neuen Regierung nicht den Zuzug der übermüdeten und mit Schlagworten verseuchten Massen. Die Regierungsfähigkeit der Mehrheitssozialisten erzeugte bei den durch russische Phantasmagorien benebelten Menschen der Unterschicht das Gefühl, von den alten Führern verraten zu sein. Hatten die Bolschewisten nicht Rußland den Frieden gebracht? Sie hatten es doch selbst erlebt, zum Teil als Ostkämpfer, hatten

selbst die Bilder und Broschüren in die russischen Schützengräben gebracht. Nahe lag es, zu sagen, hat das russische Brudervolk sich durch Waffenstreik Frieden und Ende der Blutarbeit erzwungen, warum soll es nicht auch uns möglich sein?

So nur wird uns das Unglaubliche verständlich, daß in Hunderten von Fällen Frontregimenter und Divisionen an Kameraden, die zum Gegenstoße in die Westschlacht gingen, vorüberliefen und ihnen zuschrien: „Streikbrecher!“ Was auch dawider gesagt wird, das Gefüge unseres Heeres wurde durch den revolutionären Geist der Heimat zermürbt. Die Rückschläge des Jahres 1918 beruhen zum größten Teile auf dieser Lockerung des Gefüges. Der Genius des Feldherrn versagt, wenn er fühlt, daß sein Instrument, das Heer, die Schärfe verliert.

Die Massen glaubten „an die Weltverbrüderung. Die Führer glaubten den Massen“. Ist erst der Waffenstillstand geschlossen, dann gibt es einen erträglichen Frieden im Zeichen der vierzehn Wilsonpunkte. Denn drüben ist auch die Welt kriegsmüde. Zogen doch anno siebzehn an sechzig französische Bataillone meuternd gegen Paris. Freilich, der harte Clemenceau ließ sie durch schwarze, gelbe und amerikanische Truppen wieder einfangen, dezimieren und die Überbleibenden in den vordersten Frontreihen schanzen. Aber gerade das war der Fehler, daß nur daran gedacht wurde, wie die Massen drüben beschaffen waren. Daß es drüben diktatorische Führer gab und farbige Formationen, die mit Freude jeden weißen Widerstand niederkartätschten, das wurde nicht bedacht. Lettow-Vorbeck mit zehntausend Askaris hätte Berlin und Kiel halten können in dem „glorreichen“ Monat November 1919.

Auf dem Wege unnatürlicher politischer Entwicklung gelangte folgerichtig die Sozialdemokratie zur Macht. Unsre Monarchie vernichtete ihre vom Schicksal bestimmte Rückenanlehnung, die russische Monarchie. Damit verlor sie selbst an Stabilität und brach zusammen.

Die demokratischen und sozialistischen Herrscher des neuen Scheinreiches sehen, daß ihre Hoffnungen auf die Massen und Demokratien im Westen falsch waren. All unsere Mimikry schützt uns nicht vor dem Schicksale, entehrt und ausgesogen zu werden. Bald werden sich die Massen wieder betrogen fühlen, und es wird gegen die jetzigen Herrscher von irgendeiner Seite aus Abrechnung verlangt werden.

Die Auslieferung der Neunhundert droht. Die Deutschen beginnen aufzuhorchen, beginnen sich zu besinnen. Sie erkennen es als ihre Pflicht, für die bedrohten Volksgenossen einzutreten. Werden sie Polizisten, Beamte, Soldaten finden, die diese Männer in die Ententekerker abliefern?

Wir haben angeboten, selbst zu Gericht zu sitzen. Einer Antwort sind wir nicht gewürdigt worden.

Kronprinz Rupprecht von Bayern hat einen Akt staatsrechtlicher und königlicher Klugheit begangen, als er dagegen protestierte, ausgeliefert zu werden, danach aber erklärte, um seiner gefangenen Volksgenossen willen, wolle er sich freiwillig dem Feinde stellen. Die Märtyrerkrone ist dem Kronprinzen gewiß. Der Monarchie sind viele Herzen gewonnen.

Zu diesem Zeitpunkte nun erleben wir in Deutschland den ungeheuerlichen Vorgang, daß ein Tscheche, Karl Kautsky, der amtlich mit der Herausgabe der Akten des Auswärtigen Amtes betraut war, die die Vorgeschichte des Krieges enthalten, neben der amtlichen Publikation eine private macht, in der er als Historiker nachzuweisen versucht, daß die Mittelmächte, daß der Deutsche Kaiser die Schuld am Weltkriege tragen. Durch die Geschäftstüchtigkeit seines Verlegers Paul Cassierer wurde diese Publikation noch vor der Veröffentlichung des amtlichen Materials im Auslande getätigt.

Ein Tscheche also, der erst mit der Revolution die deutsche Staatsbürgerschaft erwarb, stellt als Kronzeuge das deutsche amtliche Material mit Kommentar der Entente zu ihrem Prozeß gegen die Neunhundert zur Verfügung. Ein Historiker tritt einen Schuldbeweis an, ohne die Akten der Gegenseite zu kennen. Einseitiger Parteihaß feiert seine Orgien. Wäre die Angelegenheit nicht so traurig in ihren Folgen für die Betroffenen, die der Entente vielleicht geopfert werden müssen, dann wäre Hohn und Verachtung für dieses Machwerk das beste Gegenmittel. Allein der tiefe Sinn dieser Veröffentlichung besteht darin, die Massen gegen den Kaiser und seine Leute rein menschlich einzunehmen. Herrn Kautskys amtliches Material kostet 26 M. Herrn Kautskys Kommentar mit den Randbemerkungen des Kaisers 6 M. Es leuchtet ein, wer den größeren Leserkreis findet.

Karl Kautsky ist ein Fanatiker seiner Idee, war als Historiker ein Mann von Rang, trotz seines Sozialismus ein tschechischer Nationalist nach dem Blute und dem Gefühl, das beweisen seine

Schilderungen der Taboriten in der Geschichte des Sozialismus. Für nationales Deutschtum hat er als Tscheche und Sozialfanatiker nichts übrig. Darum war ihm die Veröffentlichung der Schuldakten von seiner Partei übertragen, die sich durch diese Art der Objektivität moralische Einwirkung auf die Führer der Entente versprach.

Später wurden mit der Nachprüfung Graf Montgelas und Professor Schücking betraut. Mit der Herausgabe ward gezögert. Allmählich sahen wohl Männer der neuen regierenden Schicht ein, daß es mit der Politik der Selbstgeißelung doch nicht so einfach ginge, wie erhofft wurde. Aber die Fanatiker der Partei wollten innerpolitische, keine außenpolitischen Wirkungen. Die Herren der früheren Zeit zu diskreditieren, ihre Einwirkungen zunichte zu machen, schienen ihnen des Kampfes und Preises wert. Immer und immer wieder wurde darum die politische Schuldfrage aufgerollt. Aus diesem Grunde wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, aus diesem Grunde wurde Lüge auf Lüge gehäuft, aus diesem Grunde wurde versucht, ein militärisches Sündenregister zusammenzustellen, und aus diesem Grunde wurde Kautskys Broschüre geschrieben.

Sie können freier atmen, wenn der Kaiser, Ludendorff, Hindenburg und andere Heerführer und Politiker, wie Helfferich, Bethmann Hollweg, Jagow, in Ententezuchthäusern schmachten. Nur den neuen Herren soll das urteilslose deutsche Volk Weisheit und Fürsicht zutrauen.

Die neuen Herren sollen allein beim urteilslosen deutschen Volke Geltung behalten, und die Erinnerung an das Alte, die Tradition einer großen Vergangenheit, eines Aufstieges durch zwei Jahrhunderte soll unter Schmutz und Schmach begraben werden. Soll ich das nun, um mich der Redeweise des Historikers Kautsky zu bedienen, ein sauberes Plänchen nennen oder „eine Verschwörung zu Weimar“?

Daß dies alles absichtslos aus dem Willen des Herrn Karl Kautsky, aus dem Zwange seiner historischen Geschichtsauffassung heraus geboren sein will, möchte ich mit Fug und Recht bezweifeln. Es wirkt das Wort des Scheidemann mit der unverdorrten Rechten nach, der in Weimar sagte: „Wir werden die Herren schon zu fassen kriegen!“ Ein Pröbchen reiner Demokratie ist es, das wir da in unserem deutschen Fleische erleben: Die Machthaber von vordem werden zu Ehren der heutigen Machtnutznießer an den Feuern der Partei geröstet.

Der Tscheche Kautsky ist der Kohlenträger und Küchenjunge des Koches Scheidemann.

Aber sollen wir Deutsche, die wir die Volksgenossen höher werten als die Partei, eine solche Selbstentehrung unseres Volkes zulassen?

Es gilt den menschlichen Kampf zu führen, um Wilhelm II. von Hohenzollern der Rachsucht der Feinde unseres Volkes zu entreißen. Der Kaiser ist uns ein Symbol der gesamten Neunhundert. Wir kämpfen um ihn, weil er ein Deutscher ist. Und vielleicht müssen es uns die jetzigen Machthaber einst danken, daß wir für diese Idee fechten, denn kommen wird eine Zeit, da wir mit irgendwelchen Ausländern um der heutigen Machthaber Köpfe kämpfen müssen. In der Stunde der Not wollen wir es beweisen, daß uns der Deutsche auch als politischer Feind als Bruder gilt gegen den Feind.

Anmerkung: Unabhängige Zeitungen wie die Berliner „Freiheit", vor allem aber der Münchner „Kampf", stellen den Klassenkampf bewußt höher als das Nationalgefühl. Sollte es zu einer Auslieferung kommen, so dürfte es die Parole eines jeden anständigen Deutschen sein, keine Hand zu rühren, um die Brüder den Ententehenkern und -schindern auszuliefern. Der „Kampf" aber raffte sich zum Bruderverrat auf und hetzte: „Es werden sich Arbeiter finden, die die Auslieferung vollziehen." Folgerichtig üben diese Blätter Verrat, wo es gilt, deutsches Material anzuzeigen oder unseren Feinden Spitzeldienste zu leisten. Der Deutsche lebt heute im eigenen Lande nicht nur als Kettensklave der Entente, nein, sogar in der Gesinnung geknebelt von eigenen Volksgenossen, die sich froh grinsend als Sklavenvögte des Feindes gebärden.

Das Geschlecht der Segeste scheint in Deutschland nimmer auszusterben.

I. Kautsky zeugt gegen Kautsky.

Als das von Kautsky und seinen beiden Mitarbeitern zusammengetragene Material vollständig vorlag, konnte die aller Welt verkündete Theorie: Die Mittelmächte seien die Urheber des Weltkrieges gewesen, nicht mehr mit volkszerschmetternder Frechheit aufrechterhalten werden.

Die Depeschen des Deutschen Kaisers an den Zaren zeigen deutlich jedem, der objektiv urteilen will, daß gerade die beiden Monarchen den Frieden erhalten wollten. Andere Strömungen waren es, die den Friedenswillen durchbrachen. Die sagenhafte Verschwörung von Potsdam ist völlig widerlegt durch Dokumente, die von den nachprüfenden Herausgebern des amtlichen Materials Graf Montgelas und Professor Schücking in den Vorbemerkungen veröffentlicht wurden.

Eisners Fälschung, der unter Mißbrauch des Namens des Grafen Lerchenfeld einen Bericht des Legationsrats von Schoen so zusammengestrichen und umfrisiert hatte, daß er zu einer Anklage ward, die uns in den Friedensverhandlungen aufs schwerste schädigte, ward durch die Veröffentlichung des Originalberichts restlos widerlegt.

Kautsky, der mit höchstem Mißtrauen des politischen Feindes an seine Untersuchung ging, mußte selber bekennen, daß kein belastendes Material aus dem Auswärtigen Amt verschleppt worden sei. Durch seine Arbeit im Auswärtigen Amt wurde das Schuldpropagandagebäude der Linksparteien aufs schwerste erschüttert. Ein jeder vermag, da das Aktenmaterial gedruckt vorliegt, sich eine unbeeinflußte Meinung von dem historischen Geschehen jener Wochen zu bilden, in denen die eisernen Würfel für oder wider den Krieg entschieden.

Unter diesen Umständen suchte der fanatische Propagandist und geschworene tschechische Feind der österreichischen Monarchie, Karl Kautsky, nochmals durch einen Propagandastreich zu retten, was zu retten war.

Er benutzte seine Abschriften, die er von den Akten besaß, und stellte durch willkürliche Gruppierung sein Pamphlet zusammen, in dem er besonders die Bedeutung der Randbemerkungen Wilhelms II. für die Politik hervorhob.

Wir werden in der Folge den Nachweis erbringen, daß die Randbemerkungen des Kaisers von wesentlichem Einfluß auf die Politik nicht waren, und können uns trotz der Ableugnungen Herrn Kautskys wieder auf das amtliche Material Kautskys stützen.

Kautsky zeugt gegen Kautsky selbst!

Es würde zu weit führen, das ganze Gespinst bewußter Mißdeutung, Fälschung, Lüge und Voreingenommenheit, das Herr Kautsky zu Nutz und Frommen seiner Person und seiner Partei gestrickt hat, aufzuräufeln. Wir begnügen uns damit, die Hauptpunkte festzulegen.

Wir gehen nunmehr zu den einzelnen Punkten unserer Darstellung über und hoffen, dem Leser ein Bild von der tatsächlichen Folge der Ereignisse geben zu können. Immer wieder können wir dabei nur auf das gesamte amtliche Material hinweisen! Wer es liest, muß sich unserer Anschauung anschließen: Kautsky hat im voraus Kautsky zu Fall gebracht.

II. Die Randbemerkungen Wilhelms II. und ihre Bedeutung für die Politik.

Die Herausgeber Graf Montgelas und Professor Schücking urteilen als beauftragte Nachprüfer der Nationalversammlung über die Randglossen des Kaisers auf Seite XI der Vorbemerkungen wie folgt:

„Von Kautsky sind auch die Randglossen des Kaisers mit in den Abdruck der diplomatischen Urkunden aufgenommen worden. Welche grundsätzliche Bedeutung ihnen für den Gang der Ereignisse beizumessen ist, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Gelegentlich ergibt sich aus den Akten selbst, daß die Randverfügungen zu spät eintrafen, um für die Entscheidung noch irgendwie verwertet werden zu können. In anderen Fällen ergeben die Akten, daß es sich um Weisungen handelt, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich offensichtlich nur um den Ausdruck momentaner Stimmungen. Zur Erleichterung der Prüfung, welchen Einfluß irgendeine kaiserliche Meinungsäußerung gehabt haben könnte, ist regelmäßig vermerkt, wann das betreffende Aktenstück mit den Randnoten zur amtlichen Stelle zurückgesandt wurde, oder wann die Noten sonst der zuständigen Berliner Stelle zur Kenntnis gekommen sind."

Es ist die Pflicht eines modernen Historikers, sein Material in der Art auszuarbeiten, daß er sich vorurteilslos in die Lage der Dinge und den Charakter der Menschen hineindenkt, die er schildern will. Gegen dieses Prinzip verstößt Kautsky aufs schwerste in seiner Broschüre. Er deckt sich mit dem Königsmantel des Historikers, aber er tanzt tatsächlich daher in der Narrenkappe des leichtfertigen Pamphletisten. — Zu den Randbemerkungen des Kaisers haben zwei Männer, die zum Kaiser in enger Beziehung standen, bereits Worte von Gewicht gesagt. Herr von Bethmann sagt in einer vom Wolffschen Bureau am 13. Dezember veröffentlichten Erklärung:

„Es muß Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß auch solche Randbemerkungen des Kaisers publiziert werden, die keinerlei politische Aktionen bezweckten und darum keinen Bestandteil der Politik bilden. Die Marginalien sind zum größten Teil nichts anderes als der impulsive Niederschlag von den Momenteindrücken des Kaisers beim ersten Lesen der Schriftstücke. Ihr persönlicher Charakter war allen Beteiligten

bekannt. Wenn die Marginalien des Kaisers Anhaltspunkte zu politischen Entschlüssen boten, sind diese erst auf Grund anschließender Vorträge und eingehender Erwägungen gefaßt worden."

Als zweiter hat sich in seinen Erinnerungen der Herr von Tirpitz über die Marginalien des Kaisers ausgelassen:

„Es ist zu befürchten, daß viele, die ihre Pflicht, gegen den Kabinettseinfluß zu kämpfen, während der ganzen Regierungszeit unerfüllt gelassen haben, sich jetzt mit um so größerem Eifer darauf legen werden, das ganze alte Regierungssystem hinterher zu verdammen. Dabei dürften vermutlich die kaiserlichen Randbemerkungen eine Rolle spielen, deren Zahl unübersehbar ist, da der Kaiser gern den Marginalstil seiner Vorfahren verwendet hat. Um nun aber den geschichtlichen Wert oder Unwert dieser und ähnlicher Augenblickskundgebungen ermessen zu können, muß man den Kaiser sehr genau gekannt haben."

Tatsächlich haben die Politiker den Kaiser aus ihrem Spielkreise auszuscheiden gesucht. Ich stütze mich dabei auf ein Urteil der „Frankfurter Zeitung", der gewiß eine Kaiserfreundlichkeit nicht zugesprochen werden kann:

„Warum hat Bethmann im Juli während der Krisis den Kaiser auf Reisen geschickt? Um diese Störung in entscheidender Stunde los zu sein! Am 26. Juli drahtet Wilhelm II. an das Auswärtige Amt:

Den Befehl zur Vorbereitung der Heimreise der Flotte habe ich im Hinblick auf die allgemeine Lage und mögliche Eventualitäten gegeben. Ich war hierzu um so mehr gezwungen, als Mir ein Situationsbericht des Auswärtigen Amtes nicht vorlag und ich sogar den Inhalt des österreichischen Ultimatums durch Zeitungsdienst von Norddeich und nicht auf dem Dienstwege erfahren habe."

So ließe sich wohl ein wirklicher Diktator nicht kaltstellen. Und als er wieder in Berlin war, wurden ihm die Eingänge nur mit Auswahl gezeigt. Denn der Kaiser war außer sich über alles und unfähig, klar zu denken. Bezeichnend ist, daß in der Abschrift eines Lichnowskyschen Berichtes, der zur Annahme des Greyschen Konferenzvertrages, den der Kaiser mit stärksten Ausdrücken verwarf, drängte, ein Relativsatz weggelassen war, der darauf hinwies, daß Deutschland im Grundsatz den Vorschlag eigentlich schon gebilligt habe. Daraus geht doch schon hervor,

daß die Regierung sich nach den kaiserlichen Bemerkungen nur insoweit richtete, als sie es für gut hielt. Wie wenig Einfluß den Randbemerkungen gerade in sehr wichtigen Fragen zukam, sieht man auch an folgendem Beispiel:

Der Kaiser forderte im Juli, daß Österreich-Ungarn serbisches Gebiet nehmen solle (Sandschack) und war gegen eine Verzichterklärung — gleich darauf erfolgte die Erklärung trotzdem in bindender Form.

Wir folgen dem Aufsatz der „Frankfurter Zeitung" noch weiter, da sie das tatsächliche Bild richtig schildert:

„Nur Böswilligkeit kann es wagen, an solchen Feststellungen vorbeizugehen. Die politische Kritik muß, wenn sie ehrlich sein will, von den Randbemerkungen des Kaisers zurückkehren zu den historischen Dokumenten der verantwortlichen Regierung. Wer beispielsweise den Brief Jagows an Lichnowsky vom 18. Juli 1914 liest, in dem die Richtung der deutschen Politik klar aufgezeichnet ist: Wir können und dürfen Österreich jetzt nicht in den Arm fallen, wenn wir ihm nicht die letzte Möglichkeit politischer Rehabilitierung nehmen wollen; wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren; je entschlossener Österreich sich zeigt, je energischer wir es stützen, um so eher wird Rußland still bleiben; Frankreich und England werden jetzt auch den Krieg nicht wünschen; läßt sich die Lokalisierung nicht erreichen, dann tritt der casus foederis ein; ich will keinen Präventivkrieg, aber wenn der Kampf sich bietet, dann dürfen wir nicht kneifen. — Wer dies alles in dem Brief vom 18. Juli liest, der wird sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß diese politische Grundlinie so fest lag und trotz ihrer Fehler und Gefahren so konsequent bis zu dem Augenblicke verfolgt wurde, in dem man in Berlin begriff, daß aus dem „lokalen" Streit ein Weltkrieg unter Englands Mitwirkung entstehen würde."

Nachdem nun so durch verschiedene Zeugnisse die politische Bedeutung der Randbemerkungen abgedeckt ist, lautet die Frage: Wie ist die Sprache und der Geist dieser kaiserlichen Randbemerkungen in einem Charakterbilde einzustellen? Wer zum erstenmal die Kernsprache eines Matrosen oder eines alten Schützengrabensoldaten gehört hat, eines Schwerarbeiters, eines Theatermenschen oder eines Jägers, wird vielleicht bei den ersten Begegnungen erschrecken über gewisse Ausdrücke und Derbheiten, die dem Hörer fremd sind. Nur gesellschaftlich be-

hinderte und ausgeschliffene Naturen erregen keinen Anstoß. Derbheit, Plastik und Stärke des Ausdruckes hat noch immer zu den Vorzügen einer Persönlichkeit gezählt, auf gut deutsch pflegen wir von solchen Personen zu sagen, sie machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube.

Wir haben Wilhelm II. erlebt in seinem großen dekorativen Stil, wenn er etwa Soldatenfronten abschritt und bei diesem repräsentativen Werke physische Kraftleistungen vollbrachte.

Der Verfasser dieser Zeilen hat den Kaiser im Sommer 1915 bei Hassavant Ferme gesehen, wo er eine Besichtigung über 40 000 Mann abhielt. Wir haben dabei ausgerechnet, daß der Kaiser, der die im geöffneten Viereck aufgestellte Front in 34 Minuten abschritt, ungefähr achteinhalb Minuten für den Kilometer brauchte. Eine Leistung, die die älteren Offiziere, die den Kaiser von Formation zu Formation begleiteten, sehr erschöpfte. Danach wurden Ordensauszeichnungen an Mannschaften verteilt und etwa zwei- bis dreihundert Händedrücke gewechselt, ein jeder mit voller Anspannung der Muskeln und voller Intensität des Blickes. Den Beschluß machte ein Vortrag des Kaisers über den Feldzug in Polen, der in der Einnahme von Warschau gipfelte und etwa 55 Minuten dauerte. Unter der Einwirkung der Hitze des Tages wurde ein General ohnmächtig. Der Kaiser gab selbst, während er seinen Vortrag ruhig fortsetzte, sachkundige Weisungen wie am schnellsten zu helfen wäre. Die körperliche Leistung neben der seelischen Spannung, die hier während dieses Tages von dem Kaiser gezeigt wurde, imponierte dem Schreiber dieser Zeilen, der sie damals an den Leistungen großer Schauspieler und Sänger maß, deren physische Leistungen ja meistens von dem Publikum unterschätzt werden. Nachher hatte der Verfasser Gelegenheit, mit einem jüngeren Herrn zu sprechen, der den Kaiser vielleicht so gut kannte wie ein Pflegesohn seinen Nährvater.

In diesem Gespräche wurde mit soldatischem Freimut davon geredet, mit welcher Würde und inneren Überzeugung Seine Majestät die Kanonenstiefel des großen Kurfürsten trügen. Der betreffende jüngere Herr, der nicht ohne Witz ist, äußerte:

„Dagegen sollen Sie ihn nun einmal erleben, wenn seine Füße in Pantoffeln stecken, dann haben Sie einen alten Oberförster oder einen Major vor sich, der sich seines Daseins, seines Rauches und seines Glases Bier freut. Peinlich nur ist die

Situation für die Leute, die Seiner Majestät begegnen, wenn sie gerade im Wechseln der geistigen Fußbekleidung begriffen sind und etwa einen Kanonenstiefel und einen Filzpantoffel anhaben."

Aus dieser kleinen Schilderung dürfte die Einstellung gewonnen werden, wie die kaiserlichen Randbemerkungen zu lesen sind. Die Majestät setzt sich zur Arbeit. Ein lebhafter Geist reagiert auf das dargebotene Material, und der kaiserliche Leser fühlt sich bald in Kanonenstiefeln, bald in schlichten Filzpantoffeln. Von Eitelkeit, Ränkesucht usw. zu reden, ist töricht und dumm. Dem Kaiser war es Bedürfnis, im Augenblick seiner Stimmung einen Ausdruck zu verleihen. Er gab damit den Räten seine Seele unmittelbar preis. Ein kluger und großer Staatsmann hätte durch diese unmittelbaren kaiserlichen Äußerungen das Herz seines Kaisers in seiner Hand gehabt. Vielleicht hätte nur ein kräftiger, jüngerer Mann dahingehört, einem vierzigjährigen Bismarck vielleicht wäre es gelungen, auf der Flöte dieser Seele zu spielen. So wie Seine Majestät über politische Gegenstände in den Randbemerkungen urteilte, konnte tatsächlich auch ein alter Major oder Oberförster urteilen. Es gehört zu den Spiegelfechtereien schlimmster Art, die Monarchen zunächst geistig auf die Höhe ihres repräsentativen Seins zu stellen und hernach dafür, weil sie dem Riesenvorstellungsgebilde vom Kronenträger nicht entsprechen, zu züchtigen. Wilhelm II. suchte in dem Umrisse seiner Wesensfigur den brandenburgischen Soldaten und Landedelmann darzustellen, wie ihn die preußische Tradition verstand. In diesen Umriß hinein waren aber beschrieben die Zickzacklinien seiner komplizierten Zeit. Er schrieb Marginalien wie Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm I. Es freute ihn, in Filzpantoffeln seine Derbheiten zu schreiben, und er war stolz im Bewußtsein der Kanonenstiefel, Kaiser der stärksten, festesten Landesmacht Europas zu sein. Das gibt die menschliche Erklärung für viel ungefüge Worte, die abgebremst wurden durch den von Bismarck aufgebauten Mechanismus der konstitutionellen Monarchie. Wilhelm II. konnte durch seine Randbemerkungen die Geschicke der Völker nicht wenden. Es waren Unmuts- oder Beifallsäußerungen aus der kaiserlichen Loge über die Akteure der diplomatischen Welt auf dem Theater unten. Der Präsident der Vereinigten Staaten besaß eine ganz andere Macht. Ihm war es gegeben, die Beleuchtung des politischen Theaters durch eine einzige Äußerung nach Grün oder Rot zu wandeln.

III. Die Verschwörung zu Potsdam.

Die große Ententepropaganda ließ aus ihrer Benebelung der Welt das Bild eines Kronrates zu Potsdam erscheinen, bei dem in autokratisch-monarchischer Weise über Krieg und Friede, über Blut und Wehe der Völker entschieden wurde. Unter Mißachtung der Kenntnis der konstitutionellen Formen in Deutschland wurde hier der Umriß gezeichnet zu dem Kriegsimperator, zu dem War-Lord, jener englischen Umformung unseres deutschen Wortes „Oberster Kriegsherr". Im Worte War-Lord schwingen angelsächsische Erinnerungen an die blutige Normannenzeit nach. Ein War-Lord konnte nach englischem Wortempfinden nur ein Blutvergießer, ein Wikingerkönig sein. Aber aus Worten werden leicht Stricke des Geistes. In diese Verstrikkung verfielen leicht die Mißtrauischen, die antimonarchischen anarchistischen Köpfe unserer Linksparteien. Gern ließen sie sich durch den Feind bestätigen, was sie selbst gern hören mochten. Sie belegen die Schwäche der Deutschen, die nach einem Bismarckworte „auf alles viel geben, was von weit her ist". Gierig stürmte in diese Bresche der deutschen Geistesart mit anderen Feinden der Tscheche Kautsky hinein. Mit dem feinen Witterungsvermögen des Demagogen griff er die auf angelsächsische Sentimentalität gemünzten Formeln auf und schmolz sie um für deutsches Empfinden zu einer Reihe von Kolportageromantiteln, wie sie nicht besser über den Abschnitten der „Blutigen Nonne" oder der „Tochter des Scharfrichters" stehen könnten. Prüfe selbst, Leser, ich lasse Kautskys Titel folgen.

1. Die Schuldigen.
2. Deutschlands Isolierung.
3. Deutsche Provokationen.

Er fährt fort mit:

9. Wilhelms monarchisches Bewußtsein.
10. Die Verschwörung von Potsdam.
11. Die Verschwörer an der Arbeit

mit den Untertiteln:

Wilhelms Drängen;
Österreichs Zögern;
Eine falsche Rechnung;
Die Einschläferung Europas.

Wie aber ist es möglich, daß ein Mensch, der selbst in wissenschaftlicher Forschung gereift ist, solche Geschmacklosigkeit begehen kann?

Wir haben das zweifelhafte Vergnügen, diesen seltsamen Gedankensprüngen des ehemaligen Historikers Kautsky in seinem Buche psychologisch folgen zu können.

Schon im ersten Abschnitt des Buches bringt Herr Kautsky ein Kartenschlägerkunststück zuwege. Als Marxist hätte er die Pflicht, zu folgern, nicht einzelne Personen und Institutionen seien schuldig, sondern der Kapitalismus als Ganzes, und diesen müsse man bekämpfen. Er bekennt nun selbst:

„Dies klingt sehr radikal und wirkt doch sehr konservativ überall dort, wo es das praktische Arbeiten beherrscht. Denn der Kapitalismus ist nichts als eine Abstraktion, die gewonnen wird aus der Beobachtung zahlreicher Einzelerscheinungen und die ein unentbehrliches Hilfsmittel ist bei dem Streben, diese in ihren gesetzmäßigen Zusammenhängen zu erforschen. Bekämpfen kann man aber eine Abstraktion nicht, außer theoretisch; nicht aber praktisch. Praktisch können wir nur Einzelerscheinungen bekämpfen.

Und unter Berufung auf Engels und Marx, die Napoleon und Palmerston bekämpften, gewinnt Kautsky für sich freie Gewissensbahn — entgegen der gesamten großen historischen Betrachtung des letzten Jahrhunderts —, Sündenböcke zu finden für ungeheures Weltgeschehen. Ein norwegischer Dichter, Knut Hamsun, fand die Ursache dieses großen Krieges weit einfacher als Herr Kautsky. Er sagt ungefähr:

„Da leben 70 Millionen Menschen enggedrängt beieinander und sehen andere, wie die Franzosen und Engländer, die Land im Überfluß haben, und sagen denen: ‚Gebt uns dies, wir brauchen es für unseren Hunger‘.“

Hamsun hat mit der Genialität des Dichters das primitive System dieses Krieges erfaßt. Für den nachfolgenden Historiker dürften die deutschen Heerzüge eine ähnliche Gestalt annehmen wie jene große Wanderung der Cimbern und Teutonen, die auch plan- und ziellos in die Welt hinausstreiften, um Land für sich und ihre Nachkommen zu finden und am zähen Herrscherwillen des alten Volkes der Römer zugrunde gingen. Der Krieg dünkt uns wie eine Brandungswoge deutschen Stammes, die zerschellte an dem zähen Felsen einer älteren Welt.

Nachdem sich Kautsky so in die Stimmung versetzt hatte, die er brauchte für sein Pamphlet, machte er sich an die Arbeit. Zu seinem Unglück erschien das amtliche Material formiert im Anhang zu den Vorbemerkungen, die wir jetzt auf Seite XIII bis XVI wortwörtlich zitieren:

ANHANG ZU DEN VORBEMERKUNGEN.

Der Hofzug Kaiser Wilhelms ist am 6. Juli 9^{15} vorm. von Station Wildpark nach Kiel abgegangen. (Auswärtiges Amt A. S. 2138/11. Oktober 1919 vorm.)

Das Tagebuch des Hoftouriers (Auswärtiges Amt A. 26078/1. Oktober 1919) verzeichnet weder am 5. noch am 6. Juli eine „Beratung militärischer Stellen".

Den beiden Flügeladjutanten vom Dienst ist eine Beratung militärischer Stellen am 5. oder 6. Juli nicht bekannt (Auswärtiges Amt: A. S. 2140/11. Oktober 1919 vorm. und A. S. 2167/17. Oktober 1919 vorm.).

Ferner berichten:

Freiherr von dem Bussche

(Auswärtiges Amt A. 27230/16. Oktober 1919)

„Leider kann ich mich nicht an die Quelle erinnern. Vielleicht Müller. Datum der Aufzeichnung könnte möglicherweise meine Erinnerung auffrischen. Auch denkbar, daß ich Quelle irrigerweise als zuverlässig bezeichnet habe."

Anmerkung: Kautsky zitiert auf Seite 49 seiner Broschüre einen Brief von Freiherrn von dem Bussche an den Staatssekretär Zimmermann datiert vom 30. Aug. 1917. Dort heißt es:

„Am Tage nachdem der österreichisch-ungarische Botschafter im Juli 1914 S. M. dem Kaiser, das vom Grafen Hoyos überbrachte Schreiben Kaiser Franz Josephs überreicht hatte, und der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Unterstaatssekretär Zimmermann in Potsdam empfangen worden waren, fand in Potsdam eine Beratung militärischer Stellen bei Seiner Majestät statt. Es nahmen teil: Exz. Capelle für Tirpitz, Kapitän Zenker für den Admiralstab, Vertreter des Kriegsministeriums und des Generalstabes. Es wurde beschlossen, auf alle Fälle vorbereitende Maßnahmen für einen Krieg zu treffen. Entsprechende Befehle sind darauf ergangen. — Quelle durchaus zuverlässig.

Bussche."

Dieser Brief ist für Kautsky von Wert und Wichtigkeit für die Verschwörungskonstruktion.

Es geht aber aus dem Nachtrag mit Evidenz hervor, daß die Quelle Bussches keine sichere war.

Kautsky folgert auf Seite 50, nachdem er Tirpitz wie folgt zitiert:

„Er hat aus diesem Grunde schon im Laufe des 5. den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, den Kriegsminister v. Falkenhayn, den Unterstaatssekretär des Auswärtigen Zimmermann und den Chef des Militärkabinetts v. Lyncker nach Potsdam befohlen. Es wurde dabei beschlossen, daß Maßnahmen, die geeignet wären, politisches Aufsehen zu erregen oder besondere Kosten zu verursachen, vermieden werden sollten."

Am 6. Juli habe dann der Kaiser mit Capelle für den damals abwesenden Tirpitz in Potsdam gesprochen.

Das ist, bis auf Kleinigkeiten ganz dasselbe, was Bussche aufzeichnet, Damit ist das Dunkel noch nicht völlig erhellt, das über den Potsdamer

„vereinzelten Besprechungen" liegt. Sicher waren sie kein Kronrat zu nennen. Wilhelm entschied vielmehr allem Anschein nach selbständig in dieser Schicksalsstunde. Was sich daran einschloß, könnte man eher als Kriegsrat bezeichnen. Man kann ihn auch eine Verschwörung nennen, zum mindesten gegen Serbien und Rußland, wenn nicht gegen den Frieden der Welt. Was bleibt nun von diesen Behauptungen übrig?

Admiral von Müller

(Auswärtiges Amt A. 28205/28. Oktober 1919 nachm.)

Dem Auswärtigen Amt

„Ich kann nicht der Gewährsmann des Frhr. v. d. Bussche sein. Mein Tagebuch enthält nichts über einen solchen Vortrag, der doch wohl in den Tagen vom 29. 6. bis 6. 7. 14 (Anwesenheit Sr. M. im Neuen Palais vor der Nordlandsreise) stattgefunden haben mußte. Am 6. Juli früh hat aber der von Admiral von Capelle erwähnte Vortrag stattgefunden."

v. Müller.

Admiral von Capelle

(Auswärtiges Amt A. S. 2139/11. Oktober 1919)

Baden-Baden, den 8. Oktober 1919.

„Am Montag, den 6. Juli 1914, zwischen 7 und 8 Uhr morgens erhielt ich als stellvertretender Staatssekretär — Großadmiral v. Tirpitz war auf Urlaub — die telephonische Aufforderung, sofort zum Kaiser Wilhelm ins Neue Palais zu kommen.

Ich trat den Kaiser im Garten reisefertig zum Antritt der Nordlandreise. Der Kaiser ging mit mir noch eine kurze Zeit auf und ab und erzählte mir kurz von den Vorkommnissen am gestrigen Sonntag. Er fügte nach meiner Erinnerung dem Sinne nach ungefähr Folgendes hinzu (private oder amtliche Aufzeichnungen hierüber aus damaliger Zeit sind wohl nicht vorhanden): Er glaube nicht an größere kriegerische Verwicklungen. Der Zar werde sich in diesem Falle nach seiner Ansicht nicht auf Seite der Prinzenmörder stellen. Außerdem seien Rußland und Frankreich nicht kriegsbereit. — England erwähnte der Kaiser nicht. — Auf Rat des Reichskanzlers werde er, um keine Beunruhigung zu schaffen, die Nordlandreise antreten. Immerhin wolle er mir von der gespannten Situation Mitteilung machen, damit ich mir das Weitere überlegen könne.

Eine Beratung militärischer Stellen hat nach Vorstehendem in Potsdam am 6. Juli nicht stattgefunden, da der Kaiser unmittelbar nach der Rücksprache mit mir die Reise nach Kiel antrat.

Admiral z. D. v. Capelle.

General der Infanterie von Bertrab

(Auswärtiges Amt A. S. 2194/22. Oktober 1919)

Berlin, den 20. Oktober 19(19)

Dem Auswärtigen Amt

erwidere ich sehr ergebenst, daß am 6. Juli 14 S. M. der Kaiser mich persönlich ohne Zeugen über seine Auffassung der durch die Maß-

nahmen Österreichs geschaffenen Lage orientiert hat, damit ich, als damals ältester in Berlin anwesender Offizier des Generalstabes den in Karlsbad weilenden Chef des Generalstabes darüber informiere. Anwesend waren im Hintergrunde I. M. die Kaiserin, ein Adjutant und ein Lakai. Unmittelbar vorher sprach S. M. offenbar zum gleichen Zwecke mit einem Marineoffizier, ebenfalls unter vier Augen, der sich sofort nach der Besprechung entfernte. Nachdem der Kaiser mich entlassen hatte, bestieg er sein Auto zum Antritt seiner Nordlandreise. Anordnungen wurden weder während noch im Anschluß an die Unterredung getroffen. S. M. betonte es sogar, daß er es nicht für nötig erachte, besondere Anordnungen zu treffen, da er an ernste Verwicklungen aus Veranlassung des Sarajewoer Verbrechens nicht glaube.

v. Bertrab, Gen. d. Inf.

Generalleutnant Graf Waldersee

(Auswärtiges Amt A. S. 2215/25. Oktober 1919)

Auf die Anfrage vom 23. d. M. A. S. 2190/9126 beehre ich mich Nachstehendes zu erwidern:

Am Morgen des 8. Juli 1914 teilte mir Generalleutnant von Bertrab Chef der Landesaufnahme mit, er sei während meiner kurzen Abwesenheit vom Chef des Militärkabinetts nach Potsdam zu Sr. M. dem Kaiser befohlen worden. Dieser habe ihm zur Mitteilung an den Chef des Generalstabes — eröffnet, daß er, der Kaiser, dem Kaiser Franz Joseph zugesagt habe, mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen, wenn aus dem seitens Österreich-Ungarns geplanten Vorgehen gegen Serbien Verwickelungen entstünden. Irgendwelche Befehle oder Weisungen sind durch die Vermittelung des Generals von Bertrab nicht ergangen und auch sonst nicht in Sachen von etwaigen Kriegsvorbereitungen an den Generalstab gelangt.

Es dart hier hervorgehoben werden, daß General von Bertrab lediglich in seiner Eigenschaft als rangältester Oberquartiermeister nach Potsdam zitiert worden ist und daß er mit Mobilmachungsarbeiten nichts zu tun hatte.

Der Kaiser hatte inzwischen seine Nordlandsreise angetreten. Für mich, der ich den General von Moltke in allen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten vertrat, gab es infolge der Audienz des Generals von Bertrab in Potsdam nichts zu veranlassen. Die planmäßigen Mobilmachungsarbeiten waren am 31. März 1914 abgeschlossen. Das Heer war, wie immer, bereit.

Noch am 8. Juli abends begab ich mich, nachdem ich mich über die Situation orientiert hatte, zu einem Erholungsurlaub aufs Land. Auch aus dem Kriegsministerium gingen keine Befehle für Vorbereitungen ein und der Generalstab hat weiterhin bis unmittelbar vor Kriegsbeginn keinerlei auf den Krieg hinzielende Maßregeln getroffen. Bald nach mir trat sogar der Chef der II. Abteilung, die unter mir die Mobilmachungsangelegenheiten bearbeitete, einen Urlaub an.

Ich kehrte erst, als die stärkste politische Spannung eintrat, am 23. Juli nach Berlin zurück.

Graf Waldersee.

Das Zentralamt des Reichswehrministeriums
(Auswärtiges Amt A 27658/21. Oktober 1919)

Reichswehrministerium
Zentralamt
Nr. 165. 10. 19. Z. R.
Zu den Schreiben vom
3. und 4. Oktober 19

Berlin, 16. Oktober 1919
Königin-Augusta-Str. 38/42

„Zu 1: Der ehemalige Kriegsminister, jetzige General der Infanterie z. D. v. Falkenhayn, war vom 10. bis einschließlich 24. Juli 1914 beurlaubt. Er hat Berlin in Ausführung einer Dienstreise am 8. Juli 1914 abends verlassen, im Anschluß an die Dienstreise den Urlaub angetreten und nach Rückkehr von dem mit der Familie an der Nordsee verbrachten Urlaub am 25. Juli 1914 die Amtsgeschäfte wieder übernommen. Der Urlaub ist mündlich bewilligt worden, eine Kabinettsordre ist hierüber nicht ergangen.

Zu 2: Am 5. oder 6. Juli 1914 waren keine Offiziere des preußischen Kriegsministeriums zu einer dienstlichen Besprechung zum Kaiser befohlen." Wurtzbacher.

Kapitän z. S. Zenker
(Auswärtiges Amt A 29387, 12. November 1919)

Berlin, den 8. November 1919.

Ich bin am 5. Juli 1914 nach Wildpark befohlen worden, um Befehle Sr. M. des Kaisers entgegenzunehmen. Da ich Aufzeichnungen über den Verlauf des Immediatvortrages nicht in meinem Privatbesitz habe, so kann ich nur nach dem Gedächtnis Folgendes angeben:

S. M. der Kaiser teilten mir zur Weitergabe an meine vorgesetzte Behörde mit, daß am Mittag des 5. Juli der österreichisch-ungarische Geschäftsträger bei ihm angefragt habe, ob Deutschland im Falle eines österreichisch-ungarischen Konflikts mit Serbien und daraus vielleicht entstehenden Spannungen mit Rußland seine Bündnispflichten erfüllen würde. S. M. hätten dies zugesagt, glaubten aber nicht an ein Eintreten Rußlands für Serbien, das sich durch den Meuchelmord befleckt habe. Auch Frankreich würde es kaum zu einem Kriege kommen lassen, da ihm die schwere Artillerie des Feldheeres fehle. Wenn also auch ein Krieg gegen Rußland-Frankreich nicht wahrscheinlich sei, so müsse seine Möglichkeit immerhin militärisch ins Auge gefaßt werden.

Jedoch solle die Hochseeflotte ihre für Mitte Juli angesetzte Reise nach Norwegen antreten, wie auch er seine Norwegenfahrt planmäßig beginnen würde.

Meine Frage, ob der auf Urlaub befindliche Chef des Admiralstabes zurückzurufen sei, verneinten S. M.

Ich habe diese Anweisungen am 6. Juli dem stellvertretenden Chef des Admiralstabes, Vizeadmiral Behncke, gemeldet. Welche Anordnungen dieser daraufhin erteilt hat, vermag ich nicht anzugeben, da ich als Chef der taktischen Abteilung mit operativen und Mobilmachungsangelegenheiten nichts zu tun hatte.

An das Auswärtige Amt, hier. Zenker, Kapitän zur See.

Jeder vorurteilslose Leser erkennt aus diesem Material, daß von einer Verschwörung nie die Rede sein konnte.

Herr Kautsky aber hat die Stirn, in einem Nachwort als Bestätigung anzunehmen, was ihm widerlegt wird. Um dem Leser ein Urteil zu ermöglichen, lasse ich dieses Nachwort ohne Kürzung folgen:

Die vorliegende Schrift war bereits im Druck, als mir die Ergebnisse der Nachforschungen zu Gesicht kamen, die das Auswärtige Amt im Laufe des Oktober, veranlaßt durch die Herren Montgelas und Levin Schücking, in der Sache der Aufzeichnung Bussches über die Vorgänge am 5. und 6. Juli in Potsdam vorgenommen hat. Ich konnte sie im Texte nicht mehr berücksichtigen, halte es aber doch für notwendig, hier zu bemerken, daß sie an meiner Auffassung jener Vorgänge nichts ändern.

Sie ergeben, daß der Kaiser am 6. Juli morgens den Admiral v. Capelle[1] als Vertreter des von Berlin abwesenden Tirpitz nach Potsdam kommen ließ und ihm von der gespannten Situation Mitteilung machte, damit er sich das weitere überlegen könne. Außerdem ließ Kaiser Wilhelm zur gleichen Zeit nach Potsdam einen Vertreter des Generalstabs kommen. Als solcher erschien der General von Bertrab[2], der in seiner Zuschrift ans Auswärtige Amt auch heute noch vom Kaiser als S. M. spricht.

Nach einem Bericht des Grafen Waldersee habe der Kaiser dem General zur Mitteilung an den Chef des Generalstabs — General von Moltke weilte damals in Karlsbad — eröffnet, daß er, der Kaiser, dem Kaiser Franz Joseph zugesagt habe, mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen, wenn aus dem seitens Österreich-Ungarn geplanten Vorgehen gegen Serbien Verwicklungen entstünden.

Graf Waldersee fügt hinzu:

„Für mich, der ich den General von Moltke in allen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten vertrat, gab es infolge der Audienz des Generals von Bertrab in Potsdam nichts zu veranlassen. Die planmäßigen Mobilmachungsarbeiten waren am 31. März 1914 abgeschlossen. Das Heer war, wie immer, bereit."

Das ist sicher eine sehr interessante[3] Mitteilung vom rein militärischen Standpunkte aus. Die politische Bedeutung dieser Zusammenkünfte wird dadurch ebensowenig verringert wie dadurch, daß man sich gegen ihre Bezeichnung als Beratungen mit militärischen Stellen wehrt und sie bloß „Audienzen" nennt.

Es ist auch nicht recht einzusehen, warum man sich so sehr dagegen sträubt, jene Besprechungen zuzugeben. Es wäre ja geradezu der Gipfel

[1] Die Namen beweisen, daß der Kaiser sich nicht mit den Spitzen unterhielt. Ein Gegenbeweis gegen Verschwörung. Eine gutgeleitete politische Verschwörung würde nie unnötige Mitwisser in die Kombination mit hineinziehen.

[2] General von Moltke, der Chef des Generalstabs — siehe Tirpitz: »Erinnerungen« — war in der Tat schwer nierenkrank. Sein Aufenthalt in Karlsbad bedeutete etwas ganz anderes als die diplomatische Abwesenheit des Generals Conrad von Wien.

[3] Interessant nur für den Tschechen Kautsky, für einen deutschen Offizier selbstverständlich.

der Leichtfertigkeit[1] gewesen, hätte Wilhelm sie nicht abgehalten, nachdem er einmal Franz Joseph versprochen hatte, „mit der deutschen Macht hinter ihm zu stehen", was immer das serbische Abenteuer nach sich ziehen möge.

Nachdem er einmal das zugesagt hatte und gleich darauf seine Nordlandsfahrt antrat, war doch eine Verständigung der Chefs der Armee und der Marine das mindeste, wozu Wilhelm als Oberster Kriegsherr damals geradezu verpflichtet war. In dieser Zusage[2], nicht in den militärischen Beratungen, lag Wilhelms Schuld. Diese waren nur die Konsequenzen der verhängnisvollen Zusage, die jetzt durch das Zeugnis des Grafen Waldersee von neuem bestätigt wird.

Im übrigen bekräftigen die Mitteilungen der Herren Capelle, Bertrab und Waldersee den Charakter der Heimlichkeit[3], den die militärischen Besprechungen hatten. Sowohl Capelle wie Bertrab wurden vom Kaiser im Garten „persönlich ohne Zeugen" empfangen. Jeder sprach besonders mit ihm unter vier Augen. Das war allerdings kein Kriegsrat gewöhnlicher Art. Um so mehr gemahnte es an eine Verschwörung[4].

Hoffentlich wird es dem Untersuchungsausschuß gelingen, volles Licht in diese dunkle Sache zu bringen.

Aber für die politische Beurteilung der damaligen Vorgänge weiß man bereits genug über sie[5].

Tatsächlich ist durch die Feststellung des Herrn Graten Montgelas und des Herrn Professor Schücking das gesamte künstlich gruppierte Anklagematerial des Herrn Kautsky gegen Wilhelm II. widerlegt. Der ganze Vorgang in Potsdam entwickelt sich für einen Nichttschechen also: der Kaiser will eine Nordlandreise antreten in einer Zeit, da zwischen Österreich und Serbien eine Krisis herrscht, an der das panslawistische Rußland Interesse zeigt. Wie jeder Mann, der auf die Reise geht, muß auch der Deutsche Kaiser sein Haus für einige Monate versorgen. Es kommen zu ihm Vertreter der militärischen Stellen, um die Weisungen des Monarchen zu empfangen. Aber dies ist zu beachten: nicht die leitenden Männer sind es, sondern ihre Stellvertreter, die des Kaisers Aufträge entgegennehmen. Die Gespräche finden unter vier Augen statt, weil die Mitteilungen einerseits vertraulich sind, andererseits nicht den Eindruck von großen Staatsaktionen machen sollen.

Gerade das Gegenteil einer Verschwörung findet hier statt. Ich bestelle mir nicht Männer zweiter Stelle, wenn ich in Heimlichkeit zu han-

---

[1] Fiole! Herr Kautsky verteidigt den Kaiser, wenn es ihm in den Kram paßt, um ihn desto schwerer zu bezichtigen. Wilhelm II. hätte tun können, was er gewollt hätte, es wäre niemals recht gewesen, für Herrn Kautsky immer recht.

[2] Nach Herrn Kautsky hätte freilich Wilhelm II. Österreich in die Pfanne hauen sollen, damit die Tschechen einmal befreit worden wären. Daß es aber auch andere deutsche Interessen gab, war für Herrn Kautsky nicht ersichtlich.

[3] Heimlichkeit ist ein superber Ausdruck der Verleumdung, ebenso »persönlich ohne Zeugen« in diesem Fall. Diener- oder Hofschranzenohren hätten vielleicht durch Klatscherei eine ähnliche Verwirrung gezeitigt wie Herr Kautsky mit seiner Broschüre. Die gute, alte Gepflogenheit der Monarchen, nicht unnötige Menschen in Staatsangelegenheiten hineinzuziehen, erscheint demnach recht gut.

[4] Immer feste behaupten, daß eine Verschwörung stattgefunden habe, auch wenn alles dagegen spricht.

Die Menge glaubt ja so gern das, was geheimnisvoll und niederträchtig ist.

[5] Alles wird zum Schluß nochmals unterstrichen, dann hat der Kuchen der Verleumdung die Zuckerkruste, die ihn für den Pöbel so schmackhaft macht. Die Verleumdung hat ihre Vollendung erreicht.

deln beabsichtige, denn diese mußten Informationen weitergeben. Je weniger Ohren hören, desto weniger kann verraten werden. Es fehlt auch der eigentliche Charakter einer Verschwörung, denn da ist ja das Kennzeichen einer Verschwörung, daß ihre Teilhaber in großer Heimlichkeit zusammentreten und sich über ihre Ziele verabreden. Auch das Gespräch mit dem österreichischen Geschäftsträger trägt alle Merkmale einer formalen Betätigung vor der Abreise des Kaisers nach Nordland. Österreich weiß, daß hinter Serbien sich das panslawistische Rußland bemerkbar macht. Österreich weiß weiter, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser und Zar für die Politik viel bedeuten. Will Österreich Serbien exekutieren, so braucht es die deutsche Rückendeckung in doppelter Hinsicht. Österreich muß sich materiell durch den starken Freund decken, damit es keine leere Drohung ausspricht, und es muß die persönlichen Beziehungen des Deutschen Kaisers zum Zaren ausnutzen, damit aus der serbischen Expedition kein Weltkrieg entsteht. Für die Notwendigkeit eines österreichischen Vorgehens gegen Serbien hat Herr Kautsky in seiner slawischen Seele kein Empfinden. Für das völkerzerrüttete Österreich handelte es sich um den politischen Nachweis, daß es noch großmächtig wäre und nicht den neuen kranken Mann Europas darstelle.

Dieser Nachweis war für die deutsche Diplomatie von höchster Bedeutung, weil nur so der Dreibund noch einen inneren Sinn behielt. Der Mord in Sarajewo räumte den Mann hinweg, der Österreich vielleicht neu geformt hätte. Es war im Interesse der serbischen Machthaber, daß Franz Ferdinand, der den österreichischen Trialismus begünstigte, nicht zur Regierung kam. Franz Ferdinand hätte im Anschluß an die Monarchie das gesamte Serbenvolk einigen können, alle Wünsche wie: Zugang zum Meere, Großmachtstellung usw., wären ohne großes Blutvergießen in Erfüllung gegangen, und der Balkan hätte ein neues Gesicht erlangt.

Ich lasse hier einige Aktenstücke folgen, aus denen der Leser die wirkliche Situation nach der Ermordung Franz Ferdinands klar überschaut:

Nr. 19a. Der Gesandte in Belgrad an den Reichskanzler

Belgrad, den 6. Juli 1914.

Die schicksalsvollen Ereignisse der vergangenen Wochen haben die allgemeine Aufmerksamkeit in so hohem Maße auf die Wirksamkeit der sogenannten „Narodna Odbrana“ (wörtlich übersetzt Volkswehr) hingelenkt, daß eine zusammenfassende Übersicht ihrer Entstehung, Organisation, Ziele und Mittel im gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderem Interesse sein dürfte.

Das Jahr 1908, wo Serbien sich gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch die Nachbarmonarchie wild aufbäumte, aber dann, von Rußland im Stich gelassen, sich mit der Einverleibung dieser „echt serbischen Länder“ in Österreich-Ungarn abfinden und sogar vor aller Welt erklären mußte, hierdurch

„nicht beleidigt zu sein," hatte der serbischen Volksseele eine nicht vernarbende Wunde geschlagen. Kurz zuvor waren durch den Ausbruch der jungtürkischen Revolution die Hoffnungen Serbiens auf Erwerb von Mazedonien und Altserbien stark verringert worden, und die Früchte einer vieljährigen, kostspieligen und opferreichen Propaganda drohten verloren zu gehen. Die Politiker aller Parteien sahen die Zukunft des Landes auf das äußerste gefährdet; sie waren überzeugt, daß Serbien sich nur mit Einsatz aller Kräfte der Umklammerung durch den übermächtigen Nachbarn erwehren könne. Damals begannen die radikalen Regierungen in Serbien sich ernstlich für einen Entscheidungskampf vorzubereiten und eine Rüstungsanleihe nach der andern aufzunehmen. Im Zusammenhang damit trat die Idee der Narodna Odbrana in die Erscheinung.

Sie war gedacht als ein patriotisch-nationalistischer Geheimbund, der nicht bloß das Königreich Serbien, sondern sämtliche Länder mit serbischen Bevölkerungselementen umfassen sollte, und bestimmt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Stammeseinheit zu entwickeln und zu kräftigen und auf dem so vorbereiteten Boden an der realen Durchführung dieser Vereinigung mit allen Mitteln zu arbeiten. Das Schlagwort lautete: „Arbeit an der Befreiung der unterjochten Brüder". In die Leitung des Geheimbundes, als dessen Ehrenpräsident der General a. D. Bosidar Jankowitsch, später Kommandant der Ibardivision im serbisch-türkischen Kriege, fungierte, traten Männer der verschiedensten Berufsarten ein: Beamte, Offiziere (insbesondere diejenigen aus der Gruppe der viel besprochenen „schwarzen Hand"), Abgeordnete, Kaufleute, Handwerker u. dgl. Vertrauensmänner des Bundes wurden wie für das Innere Serbiens, so auch für Südungarn, Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien, Altserbien und Mazedonien bestellt. Aber gewitzigt durch die unangenehmen Erfahrungen, die man mit dem früheren „Jugoslowenski Klub" (Südslawischer Verein) in Serbien gemacht hatte, vermied es der neue Geheimbund, sich durch schriftliche Festsetzungen der Gefahr einer Kompromittierung auszusetzen. Insbesondere wurden weder schriftliche Statuten abgefaßt, noch über die Sitzungen schriftliche Protokolle aufgenommen. Die Sitzungen wurden je nach Umständen und Verabredung bei dem einen oder andern der Vorstandsmitglieder abgehalten.

Man war sich darüber einig, daß vor allem die Jugend mit ihrer Begeisterungsfähigkeit für unklare Freiheitsideen gewonnen werden mußte. So begann die Narodna Odbrana mit der systematischen Verhetzung und Fanatisierung der Jugend, namentlich der Schuljugend. Im Königreich Serbien eigneten sich trefflich hierzu die Sokol- und Duschanowzi-Vereine, in denen mit der großserbischen Agitation praktische Unterweisung im Waffengebrauch verbunden wurde. In den südslawischen Ländern Österreich-Ungarns, wo derartige öffentliche Verbindungen auf Widerstand der Behörden stießen, bildeten sich überall unter den Schülern serbischer Nationalität geheime Konventikel, die sich an der Lektüre aus Serbien eingeschmuggelter chauvinistischer und auch einheimischer großserbischer Blätter berauschten. Solcher großserbischer Blätter gibt es in Sarajevo, Fiume, Agram die Fülle. In letzterer Stadt ist es z. B. der „Srbobran", ein Organ des kroatischen Landtagsabgeordneten und großserbischen Agitators Swetosar Pribitschewitsch, eines Bruders des jetzt mit dem Attentat in Sarajevo öffentlich in Verbindung gebrachten serbischen Majors Milan Pribitschewitsch.

Ihren Zielen entsprechend wendete die Narodna Odbrana ferner dem Bandenwesen in der Türkei ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Sie hat es zwar nicht geschaffen, denn die Komitadjis bestanden lange vor ihr, aber sie hat zu ihrer Vermehrung und besseren Ausrüstung viel beigetragen. Auf ihre Bearbeitung der Jugend ist es mit zurückzuführen, wenn fast täglich Schüler aus den Gymnasien und Studenten von der Universität verschwanden, um als Freischärler in Mazedonien aufzutauchen, oder wenn junge Offiziere aus der Armee austraten und, mit falschen Pässen versehen, nach Altserbien gingen. Frägt man, was aus diesen Komitadjis jetzt, nach beendetem Krieg und erobertem Mazedonien, geworden ist, so ist die Antwort: ein Teil ist vom Staat bei den verschiedensten Betrieben (Eisenbahn, Post, Monopol, Zoll, Polizeiverwaltung) untergebracht, wo sie meistens kleine Sinekuren innehaben; ein anderer Teil strolcht arbeitsscheu, und wahrscheinlich von der Narodna Odbrana unterstützt, umher, auf eine Gelegenheit lauernd, wieder seine wilden Instinkte zu betätigen.

Es hat nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die auf die Gefahr hinwiesen, jene Komitadjis möchten sich, nunmehr ihre Arbeit in der Türkei beendet war, Bosnien und Südungarn zum Feld neuer Tätigkeit aussuchen.

Was die Mittel betrifft, mit welchen die Narodna Odbrana ihre mannigfachen Ziele bestreitet, so appelliert sie in erster Reihe an freiwillige Massenbeiträge des Publikums. Sie geht dabei von der gewiß richtigen Ansicht aus, daß kleine Beiträge, die in Massen geleistet werden, ein ungleich ergiebigeres Erträgnis liefern, als vereinzelte größere Spenden. Es werden daher bei gewissen Gelegenheiten und namentlich an dem auf den 15. Juni a. St. fallenden St. Veitstage (Widowdan), der der Erinnerung an den Untergang des mittelalterlichen Großserbiens in der Schlacht auf dem Amselfeld gewidmet ist, öffentliche Sammlungen in ganz Serbien veranstaltet, die regelmäßig höchst respektable Summen einbringen. Sodann ist es Brauch geworden, bei letztwilligen Verfügungen die Narodna Odbrana mit Legaten zu bedenken, ebenso zum Gedächtnis an verstorbene Familienangehörige der Narodna Odbrana Beiträge zu überweisen. Doch hat es mit diesen freiwilligen Beiträgen keineswegs sein Bewenden. Oft genug entsendet die Narodna Odbrana ihre Vertrauensmänner zu reichen Kaufleuten, Banken usw., auch solchen, die, ohne Serben zu sein, mit Serbien in dauernder Geschäftsverbindung stehen, oder, wie man hier zu sagen pflegt, an Serbien „verdienen", und fordert Beiträge. So wurde mir erst kürzlich ein Fall erzählt, wonach ein solcher Vertrauensmann bei der hiesigen Filiale der Banque franco-serbe einen Beitrag verlangte, und als ihm bemerkt wurde, daß die Bank ohne Genehmigung der Pariser Zentrale nicht über 100 Fr. beisteuern könne, ausfällig und drohend wurde. Der Staat selbst, wenn er gleich, um Verantwortlichkeiten zu vermeiden, darauf halten muß, daß die Narodna Odbrana ihren privaten Charakter bewahre, beschränkt sich indes keineswegs auf die Rolle eines passiven Zuschauers. Unter harmlosen Titeln sind in das Staatsbudget gewisse Positionen aufgenommen, die der Narodna Odbrana zugute kommen. Bezüglich der Anschaffung von Flinten für Schüler, von Revolvern für Freischärler ist es notorisch, daß der Staat sie geliefert hat. Charakteristisch ist, daß als Zentralstelle für die Verausgabung von Staatsmitteln für solche Zwecke und die Abrechnung weder

das Ministerium des Äußern noch das Kriegsministerium, sondern dasjenige für Kultus und Unterricht mitwirkt.

Mag daher die serbische Regierung noch so sehr ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die in Sarajevo begangene Bluttat kundgeben, mag sie noch so sehr ihre Unschuld beteuern und darauf hinweisen, wie sinn- und zwecklos dieses Verbrechen sei und wie es der Sache des Serbentums viel eher geschadet als genützt habe, eines kann sie nicht ableugnen. Sie hat die Atmosphäre geschaffen, in der solche Explosionen des blinden Fanatismus allein möglich sind. In ihrem Lande und unter den Augen ihrer Behörden sind die Elemente groß gezogen worden, die Serbien vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt und auf eine Stufe wieder herabgedrückt haben, wie der verabscheuungswürdige Königsmord des Jahres 1903.

sehr gut

v. Griesinger.

Nr. 29. Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt

Telegramm 85
Ganz geheim!

Wien, den 10. Juli 1914.

Über seinen gestrigen Vortrag bei Sr. M. dem Kaiser Franz Joseph in Ischl teilt mir Graf Berchtold nachstehendes mit:

S. M. der Kaiser habe mit großer Ruhe die Sachlage besprochen. Zunächst habe er seinem lebhaften Dank Ausdruck gegeben für die Stellungnahme unseres Allergnädigsten Herrn und der Kaiserlichen Regierung und geäußert, er sei ganz unserer Ansicht, daß man jetzt zu einem Entschluß kommen müsse, um den unleidlichen Zuständen Serbien gegenüber ein Ende zu machen. Über die Tragweite eines solchen Entschlusses, fügte Graf Berchtold hinzu, sei sich S. M. völlig klar.

da S. M. pro Memoria etwa 14 Tage alt ist, so dauert das sehr lang! Das ist doch eigentlich zur Begründung des Entschlusses selbst entworfen!

Der Minister hat hierauf dem Kaiser Kenntnis gegeben von den zwei Modalitäten, die in bezug auf das nächste Vorgehen gegen Serbien hier in Frage stünden. S. M. hätten gemeint, es ließe sich vielleicht dieser Gegensatz überbrücken. Im ganzen hätten aber S. M. eher der Ansicht zu-

geneigt, daß konkrete Forderungen an Serbien zu stellen sein würden. Er, der Minister, wolle auch die Vorteile eines solchen Vorgehens nicht verkennen. Es würde damit das Odium einer Überrumpelung Serbiens, das auf die Monarchie fallen würde, vermieden und Serbien ins Unrecht gesetzt werden. Auch würde dieses Vorgehen sowohl Rumänien als auch England eine wenigstens neutrale Haltung wesentlich erleichtern. Die Formulierung geeigneter Forderungen gegenüber Serbien bildet gegenwärtig hier die Hauptsorge, und Graf Berchtold sagte, er würde gern wissen, wie man in Berlin darüber denke. Er meinte, man könne u. a. verlangen, daß in Belgrad ein Organ der österreichisch-ungarischen Regierung eingesetzt werde, um von dort aus die großserbischen Umtriebe zu überwachen, eventuell auch die Auflösung von Vereinen und Entlassung einiger kompromittierter Offiziere. Die Frist zur Beantwortung müsse möglichst kurz bemessen werden, wohl 48 Stunden. Freilich würde auch diese kurze Frist genügen, um sich von Belgrad aus in Petersburg Weisungen zu holen. Sollten die Serben alle gestellten Forderungen annehmen, so wäre das eine Lösung, die ihm „sehr unsympathisch" wäre, und er sinne noch darüber nach, welche Forderungen man stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden.

aber sehr! und unzweideutig!

dazu haben sie Zeit genug gehabt

der!

Hartwig ist todt!

den Sandschackräumen' dann ist der Krakehl sofort da! den muß Österreich unbedingt sofort wiederhaben, um die Einigung Serbiens und Montenegros und des Erreichen des Meeres seitens der Serben zu hindern!

Der Minister klagte schließlich wieder über die Haltung des Grafen Tisza, die ihm ein energisches Vorgehen gegen Serbien erschwere. Graf Tisza behaupte, man müsse „gentlemanlike" vorgehen, das sei aber, wenn es sich um so wichtige Staatsinteressen handle und besonders einem Gegner wie Serbien gegenüber, schwerlich angebracht.

Mördern gegenüber nach dem, was vorgefallen ist! Blödsinn!

Der Anregung der Kaiserlichen Regierung, schon jetzt die öffentliche Meinung in England im Wege der Presse gegen Serbien zu stimmen

— worüber Graf Szögyény telegraphiert hat — wird der Minister gern folgen. Nur müsse dies, seiner Meinung nach, noch vorsichtig gemacht werden, um Serbien nicht vorzeitig zu alarmieren.

Der Kriegsminister wird morgen auf Urlaub gehen, auch Freiherr Conrad von Hötzendorf Wien zeitweilig verlassen. Es geschieht dies, wie kindisch! Graf Berchtold mir sagte, absichtlich, um jeder Beunruhigung vorzubeugen.

Tschirschky.

ungefähr wie zur Zeit der Schlesischen Kriege! „Ich bin gegen die Kriegsräthe und Berathungen, sintemalen die timidere Parthey allemal die Oberhand hat."

Frd. d. Gr.

Diese beiden Aktenstücke bedeuten Informationen. Es gehört zu den Spiegelfechtereien Kautskys, daß er Akten in der Weise verdächtig macht, als wären sie für eine Veröffentlichung gedacht. Die beiden vorliegenden Stücke waren sicherlich vertraulich gemeint, da eine Stimmung für Entschlüsse gefaßt werden sollte und nicht eine Begründung von Entschlüssen vorliegt, die hernach in Weiß- oder Rotbüchern der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Aber für Herrn Kautsky ist die Ermordung Franz Ferdinands eine Lappalie. Dem Leser seiner Broschüre muß es scheinen, als ob dieser Tscheche und fanatische Sozialrepublikaner Befriedigung darüber empfindet, daß den Habsburger Monarchen ein so unangenehmer Streich gespielt wurde. Er belustigt sich über die Gefühle des Hohenzollernkaisers mit dem Satze: „Sein monarchisches Bewußtsein war durch die Schüsse von Sarajewo zu tobendem Drang nach Blutrache an dem Mördervolk entzündet." Nein, von Blutrache war nicht die Rede. Aber daß eine Sicherung der österreichischen Monarchie gegen großserbische Pläne durchgeführt werden mußte, war für jeden Staatsmann, der um die Haltung Österreichs besorgt war, klar.

Kautsky kann sich nicht in die Lage eines Kronenträgers versetzen, dem der Mord einer fürstlichen Persönlichkeit nicht nur ein menschlich abscheuliches Verbrechen ist, sondern eine Verletzung des Kronenprinzips überhaupt. Bestehen Monarchien, so ist die Ermordung eines Monarchen an sich eine revolutionäre Tat, und der Widerstand gegen Revolutionen ist das Recht, das

einem bestehenden Staat zugebilligt werden muß. Einen gewissen Nimbus erhalten in der Geschichte nur Revolutionen, die glücken. Wenn nun Wilhelm II. darauf drängte, daß mit den Serben kurz verfahren werde, so hatte er im Interesse der Lokalisierung des Krieges ohne Zweifel recht. Ich lasse das Urteil Stegemanns hier folgen:

„Hätte Oesterreich-Ungarn nach der Kriegserklärung an Serbien sofort zwei Armeen über Save und Donau geführt, Belgrad eingenommen und zugleich die Versicherung abgegeben, daß es im Besitze dieses Pfandes zu schiedlicher Schlichtung des österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfalles bereit sei, so wäre die diplomatische wie militärische Lage des Zweibundes bedeutend erleichtert worden. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte und mutet paradox an, daß Greys letzter Vorschlag die Verhandlungen zur Erhaltung des europäischen Friedens nach der Besetzung Belgrads wieder aufzunehmen, nicht nur am Kriegswillen der russischen Regierung, sondern auch am Unvermögen Oesterreichs, Belgrad kurzerhand zu besetzen und die vorbereitende Tatsache zu treffen, gescheitert ist.

Angesichts der unsicher nach taktischen Aushilfen suchenden deutschen Diplomatie, die im schlimmsten Falle mit einem Kontinentalkriege rechnete und der kühlen Zurückhaltung der Franzosen, die ihrer geschichtlichen Auffassung treu blieben und in der Deckung auf das Zeichen zur Rückkehr an den Rhein warteten, war das von großer militärischer Bedeutung."

Wilhelms II. Empfinden war richtig. Je schneller eine Strafexpedition gegen Serbien nach dem Morde ausgeführt wurde, desto klarer trug eine solche Expedition die Züge einer Impulsivhandlung. Belgrad besetzen und dann den Serben Bedingungen vorlegen, wäre die Handlung einer starken Großmacht gewesen. Damals, zwischen 5. und 12. Juli, hätte Schnelligkeit verblüfft. Eine Verhandlung mit den genannten Großmächten hätte Österreichs politische Stellung gestärkt, nicht geschwächt.

Aber der Fehler der ganzen politischen Rechnung lag eben darin, daß Österreich überschätzt wurde. Das war ein Irrtum des Kaisers. Aber dieser Irrtum war emporgewachsen mit der gesamten Politik, die die Staatsmänner Wilhelms II. nach dem Abgange Bismarcks eingeschlagen hatten.

Deutschland versuchte aus einer Kontinentalmacht eine Weltmacht zu werden, es wollte einen Prozeß in 25 Jahren vollenden, der im gewöhnlichen Völkergeschehen 200 Jahre braucht. Das Beispiel Japans beweist, wie leise und zähe politische Betätigung ein Volk unaufhaltsam emporwachsen läßt. Aber für dieses sichere Emporwachsen tut es not, daß ein jeder Bürger des Volkes kurz entschlossen ist, ohne viel Worte für sein Volk Harakiri zu be-

gehen, nichts auf dieser Erde höher zu stellen als sein eigenes Volk, sei es Partei, sei es Idee!

Es ist ein Charakterzeichen des Deutschen, daß er gerne bereit ist, im kleinen Kreise sein Vaterland zu verraten. Dagegen erhoben sich Männer, die die vaterländische Idee auf ihr Panier geschrieben. Was in anderen Ländern selbstverständlich ist, ward Parteiruf. Diese Schreie wurden in der Welt mißverstanden, da es Bürgern eines anderen Volkes unverständlich ist, daß für das Vaterland agitiert werden muß.

IV. Kautsky und Eisner.

Ein Intermezzo: Wie bekräftige ich Fälschung durch Fälschung?

Für die Gesinnungsart des Pamphletisten Kautsky ist bezeichnend seine Stellung zur Eisnerschen Fälschung des Berichtes des Legationsrats von Schoen vom 18. Juli 1914, den Eisner in einen Bericht des Grafen Lerchenfeld umdichtete, weil dieser einen großen diplomatischen Namen besaß. Herr Kautsky gleitet gewandt über diese Tatsachen hinweg.

Herr Kautsky sagt auf Seite 35:

„Leider beging Eisner bei dieser Publikation die Unvorsichtigkeit, sie mehr als Journalist zu behandeln, dem es auf die Wirkung ankommt, denn als Historiker, dem es um die Vollständigkeit und Unversehrtheit seiner Quelle zu tun ist. Er brachte den Bericht nur im Auszuge und ließ Stellen weg, aus denen man die Friedensliebe der deutschen Regierung herauslesen wollte.“ Da die Welt vergeßlich ist und sich durch Frechheiten leicht bluffen läßt, lasse ich hier den vollständigen Bericht des Legationsrats von Schoen folgen, nach dem Abdruck, der mir durch die Süddeutschen Monatshefte vorliegt.

Der fette Druck kennzeichnet die von Eisner ausgelassenen Stellen, die unterstrichenen Reihen Extraauslassungen, die sich beim Zitieren des Abschnittes Kautsky persönlich erlaubt, doppelt unterstrichene Stellen Hinzuziehungen zum Eisnerschen Text, den Kautsky zitiert, und den Eindruck erwecken sollen, als hätte Eisner diese Stellen auch zitiert.

Berlin, den 18. Juli 1919.

Hochgeborener Graf!

Hochgebietender Herr Staatsminister!

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit dem Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und

dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich **Euerer Exzellenz über die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien nachstehendes gehorsamst** zu berichten. Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen, und der in der Überreichung einer Note bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise des Herrn Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweibundmächten eine Verständigung über eine etwaige Gegenaktion zu erleichtern. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung der Kriegsminister und des Chefs des Generalstabs den Anschein friedlicher Gesinnung, und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der anfangs gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenhaus den Schleier schon etwas gelüftet hat.

Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit sie bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Den Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen werde, daß die serbische Regierung der großen serbischen Bewegung vollkommen fern stehe und sie mißbillige.

2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung.

3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt seien.

Für die Annahme dieser Forderung soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.

Hier ist man durchaus damit einverstanden, daß Österreich die günstige Stunde nutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn dank seiner Entschlußlosigkeit und Zerfahrenheit jetzt eigentlich der kranke Mann in Europa geworden ist wie früher die Türkei, auf dessen Aufteilung Russen, Rumänen, Serben, Montenegriner warten. Ein starkes und erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlten, würde das darniederliegende wirtschaftliche Leben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus niederhalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen Monarchie über die Bluttat herrsche, könne man wohl auch der slawischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies, bei weiterer Fortwirkung der slawischen Propaganda, wie General Konrad von Hötzendorff selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Kabinettchef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Übergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Promemorias hierhergekommen war, ging so weit, daß die österreichische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien über die Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und entschlußlosen Stellen in Wien fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien in seinen Entschlüssen schwankt, beweist der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen.

Man hätte es daher hier auch lieber gesehen, wenn mit den Aktionen gegen Serbien nicht so lange gewartet und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich mit einer Züchtigung Serbiens sich begnügen oder auch territoriale Entschädigungen für sich fordern wird.

In ersterem Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich.

Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird[1] mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des großen Generalstabs sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrascht worden zu sein, als wie die anderen Mächte. **(Wie ich mir hier einzuschalten gestatte, ist nicht einmal die italienische Regierung ins Vertrauen gezogen worden.) Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das „Belgrader Anarchistennest" einmal ausgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Österreich nicht die gesamte Armee und insbesondere die in Galizien**

[1] Von hier aus war in dem Wortlaute der Korrespondenz Hoffmann nur gesagt: »Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde« (folgt wie oben).

stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.

Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein.

Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Österreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstigste der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfweise, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Österreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England und Frankreich, denen ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland in friedlichem Sinne einwirken werden; außerdem baut er darauf, daß das „Bluffen" eines der beliebtesten Requisite der russischen Politik bilde, und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte droht, es aber im entscheidenen Moment doch nicht gern für andere zieht.

England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten. Ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Auffassung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die „balance of power" gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet[1].

Sehr wenig Freude würde Italien an einer Züchtigung Serbiens durch Österreich empfinden, dem es eine Stärkung seines Einflusses auf dem Balkan keineswegs gönnen würde. Wie mir der Gesandte von Bergen, der Referent für die Dreibundangelegenheit im Auswärtigen Amt, sagte, ist das Verhältnis zwischen Wien und Rom einmal wieder alles weniger als freundschaftlich. In Wien sei man sehr verstimmt gegen den italienischen Gesandten in Albanien, Aliotti, der gegen Österreich stark intrigiert zu haben scheint, und der Botschafter von Merey habe deshalb vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, von Italien zu verlangen, daß dieses seine ganze Politik ändere, da sonst ein längeres Einvernehmen nicht möglich sei. Der Auftrag habe so scharf gelautet, daß San Giuliano ganz aufgebracht sei, und in dieser Spannung zwischen Österreich und Italien liege ein die Situation sehr erschwerendes Moment. Der Aufteilung Serbiens oder auch nur die Annexion des die Bucht von Cattaro beherrschenden Berges Lovzen in Montenegro durch Österreich würde Italien nicht, ohne dafür Kompensationen zu erlangen, dulden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Italien die Einberufung seiner Reserven, die es mit der innerpolitischen Lage rechtfertigen will, zu

[1] Dieser ganze Absatz war zusammenfassend in indirekter Rede wiedergegeben.

dem Zweck vornimmt, um gegebenenfalls zur Besetzung von Valona zu schreiten. Herr Zimmermann ist der Meinung, daß Österreich sich dem nicht widersetzen sollte, da Valona eine neue Achillesferse für Italien bilden würde und die Entfernung zwischen Brindisi und Valona zu groß sei, als daß es den Italienern gelingen könnte, die Adria völlig zu sperren.

Vielleicht darf auch aus einer Äußerung des österreichisch-ungarischen Botschaftsrats, wonach nach seiner persönlichen Meinung Valona den Italienern gegeben werden könne, geschlossen werden, daß man sich in Wien bereits mit einer Festsetzung der Italiener in Südalbanien vertraut macht.

Wie ich ganz vertraulich gehört habe, ist der Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien, der vor einigen Tagen hier war, beauftragt worden, die Frage einer Entschädigung Italiens mit dem Grafen Berchtold zu besprechen und dabei in inoffizieller Form einfließen zu lassen, daß man Italien wohl dauernd gewinnen würde, wenn Österreich sich im Falle größerer Gebietserweiterungen zur Abtretung des südlichen Trentino, d. h. desjenigen Teils des Erzbistums Trient, das nie zum alten Deutschen Reich gehört hat, an Italien verstehen würde.

Daß das Wiener Kabinett diesem Gedanken näher treten werde, wird hier allerdings kaum erwartet, und man hat absichtlich den Botschaftsrat und nicht den gleichfalls in Wien anwesenden Botschafter beauftragt, das Gespräch auf das Trentino zu bringen, um nicht durch eine derartige offizielle Anregung zu verstimmen[1].

Was Bulgarien anlangt, so nimmt die hiesige österreichisch-ungarische Botschaft an, daß König Ferdinand den Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Serbien benutzen würde, um zur Rückgewinnung des im Bukarester Frieden verlorenen Gebietes gleichfalls gegen Serbien loszuschlagen. Da die Gefahr besteht, daß in diesem Falle Rumänien, wie im zweiten Balkankriege, sich gegen Bulgarien wenden würde — an einer dahingehenden Beeinflussung seitens Rußlands, das direkt nichts gegen Bulgarien unternehmen wird, dürfte es auch diesmal nicht fehlen, — so hat man von hier aus den König Karol, mit dessen Haltung man in letzter Zeit wenig zufrieden war, in nicht mißzuverstehender Weise wissen lassen, daß Deutschland sich auf seiten Bulgariens stellen würde, falls Rumänien nicht Serbien fallen lasse. Nach der Antwort des Königs nimmt man hier an, daß Rumänien Ruhe halten wird, falls ihm eine Entschädigung in Aussicht gestellt wird. Als solche käme das Gebiet um Vidin in Betracht, dessen Bevölkerung in der Hauptsache aus Rumänen besteht. Damit wäre dann wohl Rumänien für den Dreibund, der sich in diesem Falle als nützlicher und stärker als der Zweibund erwiesen hätte, von selbst zurückgewonnen.

Griechenland, das eine Verkleinerung Serbiens nicht ungern sehen würde, wäre im Epirus zu entschädigen und hätte dafür Kavalla an Bulgarien abzutreten.

[1] Für diesen Absatz stand in der Fassung der Korrespondenz Hoffmann: »Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf die ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschafter Fritz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentino erörtert habe.«

Was endlich Montenegro betrifft, so hofft man hier, daß der intelligente König Nikita es vorteilhaft finden wird, die Serben allein gegen Österreich kämpfen zu lassen. Für die Abtretung des Lovzen, die Österreich gelegentlich einer so weitgehenden Umgestaltung der Balkanlandkarte wohl für sich beanspruchen würde, könnte Montenegro in Nordalbanien entschädigt werden. Welches dabei das Schicksal des Fürstentums Albaniens sein wird, läßt sich heute noch kaum absehen. Fürs erste wird die trostlose Lage fortdauern, die in Paris mit den Worten charakterisiert worden ist: „les caisses sont vides, le trône est Wied, tout est vide" und dem Fürsten den Beinamen „le Prince du vide" eingetragen hat.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung und aufrichtigen Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz ganz gehorsamster

gez. Schoen.

Seiner Exzellenz dem Vorsitzenden im Ministerrate, Staatsminister des K. Hauses und des Äußeren Herrn Dr. Grafen von Hertling usw.

Die erste Fälschungsverstärkung findet sich im Kautsky-Pamphlet Seite 79 und 80. Hier ist es dem Tschechen Kautsky peinlich, die Worte einzufügen: „Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das Belgrader Anarchistennest einmal ausgehoben werde . . ." Durch die Art und Weise, wie hier zitiert wird, soll der Eindruck erweckt werden, als sei Eisner nicht perfide über die Stellen des Berichtes hinweggegangen, die die deutsche Regierung entlasten. Der Vorgang wiederholt sich auf Seite 116. Kautsky zitiert folgendermaßen: „Ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund dürfte England im jetzigen Zeitpunkt schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sein. Kommt es gleichwohl dazu, so würden wir aber nach hiesiger Auffassung die englischen Vettern auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchtet, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit die balance of power (das europäische Gleichgewicht) gestört würde, deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet."

Mit Eisner läßt hier Herr Kautsky den ersten entlastenden Satz fort:

England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten.

Die letzten wichtigen Worte: „deren Erhaltung England im eigenen Interesse für geboten erachtet" fehlen bei Eisner, Kautsky setzt sie hinzu. Ich glaube, dieses Pröbchen parteifanatischer Gleisnerei genügt, um jedem einsichtigen Menschen klar zu machen, wessen er sich bei der Lektüre von Kautskys Broschüre zu versehen hat.

Um alle großen und kleinen Verdrehungskunststücke dieses ehemaligen Historikers aufzudecken, müßte tatsächlich ein dickes Buch geschrieben werden. Und dieser Mann, der mit vorgefaßter Meinung an ein historisches Material herantritt, nach Gutdünken urteilt, das betont, was ihm paßt, und fortläßt, was ihm nicht paßt, wirft sich zum moralischen Richter auf. Er,

ein fremder Zuläufer, will einem Volke seine frühere Regierungsform verekeln, um seinen früheren Herrscher der Masse zur Verachtung preiszugeben, um es seinen eigenen ideologischen Experimenten nutzbar zu machen.

Die Schuldfrage.

Zur Charakterisierung unserer Staatsleute und des Kaisers in seinem Willen zum Kriege zur Klärung der Schuldfrage findet der Verfasser keinen besseren Kronzeugen als den Großadmiral von Tirpitz, der sich als der einzige deutsche Staatsmann in diesem Kriege erwiesen hat.

Wenn der Verfasser dieser Schrift den Krieg im volkspsychologischen Sinn für unabwendbar hielt, so hat für die praktische Politik der Hintanhaltung des Krieges dennoch das Urteil eines wirkenden und schauenden Staatsmannes die große Bedeutung, daß ein solcher Staatsmann für Dezennien-, nicht für Jahrhunderte-Entwicklungen Sorge tragen kann.

Die Jahrhunderte der Geschichte wachsen wie Organismen von allein. Die Staatsmänner sind die Forstwarte, die den Wuchs der Bäume für eine Generation überwachen.

Tirpitz sagt:

Bei der Erörterung der Schuldfrage begeht man in Deutschland leicht einen zweifachen Fehler. Einmal konstruiert man politische Verhältnisse gerne allzu logisch. Aus einer Fülle einzelner Anzeichen versuchen manche zu beweisen, daß bei dem bösen Willen der Feinde der Weltkrieg überhaupt nicht vermieden werden konnte. Diese Anschauung halte ich für irrig. An dem bösen Willen Englands, Frankreichs und vieler Russen, unser Reich zu zerschmettern, kann zwar ein Zweifel nicht bestehen. Um so mehr aber mußten wir uns hüten, ihm eine Gelegenheit zur Betätigung zu bieten.

* * *

Im Juli 1914 konnten wir wohl durch eine geschicktere Behandlung der serbischen Angelegenheit der feindlichen Kriegslust den Weg versperren. Ob dann der Weltkrieg trotzdem, etwa 1916 ausgebrochen wäre, wer will das beweisen? Ich persönlich bin der Ansicht, daß damals jedes gewonnene Friedensjahr den Frieden immer fester begründete, wenn wir nur die ernste Lage unseres Volkes stets beherzigten und unserer Rüstung die entsprechende Aufmerksamkeit schenkten. Freilich können nur Männer mit fester Hand und kaltem Blut, von denen bekannt ist, daß sie imstande sein werden, einen Krieg durchzuführen, in so gespannten Lagen auch den Frieden erhalten. Wer zu stark und zu offen auf Verständigung ausgeht, entfernt sich gerade von ihr, und wer die nationale Würde nicht aufs äußerste hochhält, kommt unter der harten Selbstsucht aller Nachbarvölker unvermeidlich zu einem fortgesetzten Niedergang der nationalen Wohlfahrt und Blüte.

Den zweiten Fehler der Beurteilungsweise erblicke ich dort, wo der serbisch-österreichische Zusammenstoß und der Weltkrieg nicht scharf genug auseinandergehalten werden.

Nicht nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als eines der friedliebendsten der Welt, sondern auch die Regierung Bethmann Hollwegs ist ihrem Willen nach völlig unschuldig. Dagegen hat die damalige deutsche Regierung einen Anteil an der Gestaltung der österreich-serbischen Angelegenheit, indem sie annahm (was sich als irrig erwiesen hat), daß gerade die Züchtigung Serbiens durch Österreich-Ungarn die drohende Aufteilung der habsburgischen Monarchie und einen ihrer Meinung nach daraus notwendig folgenden Weltkrieg verhüten würde.

Wie ist demgemäß die ganze Schuldfrage zu beantworten?

Die causa remota des Weltkrieges liegt nach dem Urteil aller ehrlichen Kenner der europäischen Vorgänge, z. B. der belgischen Gesandten, in der englischen Einkreisungspolitik, die in den neunziger Jahren ihren Ursprung nimmt in der Handelseifersucht, sich dann hinter Vorwänden (Transvaal, Flotte) versteckt, die Weltpresse vergiftet, alle deutschfeindlichen Kräfte der Welt zusammenknüpft und eine gespannte Lage erzeugt, in welcher der leiseste Fehlgriff die fürchterlichsten Entladungen hervorbringen konnte.

Der Fehlgriff unserer Reichsleitung bestand in dem Glauben, einen serbisch-österreichischen Waffengang lokalisieren zu können. Im Vertrauen auf die Friedlichkeit und Gerechtigkeit insbesondere Englands hielt sie eine gründliche Zurechtweisung Serbiens zur Sanierung Österreich-Ungarns für tunlich, ohne daß daraus ein Weltkrieg entstünde. Alles, was an den Schritten unserer Reichsleitung von feindlicher Seite als Kriegstreiberei gedeutet werden möchte, bezieht sich lediglich auf Serbien und auf den Wunsch, Österreich-Ungarn vor einer schwächlichen Haltung gegenüber diesem raubgierigen Kleinstaat zu bewahren. Schrecken befiel den Kanzler, als die russische Kriegspartei seinen Fehlgriff ausnutzte und er gewahr wurde, daß sein felsenfester Glaube an Englands Friedlichkeit ihn betrog. Unter der Hypnose dieses Glaubens hatte er unser Land für einen Weltkrieg auch nicht vorbereitet.

* * *

Im September 1912 war Sasanoff in London. Aus seinem von der „Prawda" veröffentlichten Bericht an den Zaren setze ich folgende schon oben erwähnte Stelle in Zusammenhang hierher:

„Grey erklärte ohne Schwanken, daß, wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen.

Der König, der hier in einer der Unterredungen mit mir dieselbe Frage berührte, sprach sich noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte Se. Majestät das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in Bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dieser verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren.

Die letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle Sr. Majestät, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland."

Als die britischen Staatsmänner hier, wie so häufig in den Jahren vor dem Krieg, den Russen, natürlich unter dem üblichen Vorwand der Flottenpanik, Mut machten, sie könnten auf einen unentwegten englischen Vernichtungswillen gegen Deutschland bauen, wußten sie mit 100 Prozent Gewißheit, daß der Kaiser und Bethmann Hollweg nichts als Frieden erstrebten; sie wußten ferner ebenso gewiß, daß in Petersburg und Paris je eine zum höchsten Einfluß drängende Kriegspartei bestand und begünstigten dieselbe mit allen Mitteln. Damals verbreitete sich in den Ententeländern eine Atmosphäre, welche nach dem Gefühle weiter Kreise den Krieg unausbleiblich machte; diese Atmosphäre sprang von den Ententeländern aus auch auf Deutschland über und erzeugte hier die Sorge, welche ich z. B. in einem Brief unseres Marineattachés in Tokio vom 10. Juni 1914 mit den Worten finde:

„Ich bin betroffen über die Gewißheit, mit der hier alles den Krieg gegen Deutschland in naher Zeit für sicher hält, . . . das kaum greifbare, aber doch so scharf fühlbare Etwas, das wie eine Art Mitleid über ein noch nicht ausgesprochenes Todesurteil hier in der Luft liegt."

Würden die Archive der Entente geöffnet, bevor das am meisten Belastende aus ihnen verschwunden ist, die Menschenfreunde in England oder Amerika würden erschauern über die mordgierigste aller Lügen, deren sich ihre eigenen Regierungen schuldig machten, indem sie um die Vernichtung, Zerstückelung, Ausplünderung und Rechtlosmachung der deutschen Nation ihren Völkern mundgerecht zu machen, Deutschland Welteroberungsgelüste andichteten, von denen im Juli 1914 niemand in Deutschland geträumt hat.

Ich kann noch einen weiteren vollgültigen Beweis dafür anführen, daß unsere Reichsleitung den Krieg nicht gewollt hat. Sie war nämlich von Anfang an überzeugt, daß wir nicht siegen würden. Nun kann man ihr zwar viel Ungeschick zutrauen, nimmermehr aber das verbrecherische Tun, einen Krieg zu wollen, von dessen Aussichtslosigkeit sie selbst am tiefsten durchdrungen war.

Fast niemand in Deutschland wollte vor Kriegsausbruch wie nach demselben recht begreifen, wie groß die Lebensgefahr in Wirklichkeit war. Wir waren teils in gutgläubigen Illusionen befangen, teils auch etwas überheblich. Materialistische Lebensauffassung oder altererbte Parteisucht trübten vielen den Blick. So unterließen wir das, was uns retten konnte. Dieses Unvermögen ist unsere Schuld.

Wir haben im vorstehenden dargelegt, daß die Politik der europäischen Staaten, die zum Weltkriege drängte, sich nach ihren eigenen Gesetzen entwickelte.

Auf deutscher Seite war das Bestreben vorhanden gewesen, die Krisis auf Österreich und Serbien zu beschränken, zu lokalisieren.

Als psychologischen Beweis füge ich hier ein die beiden Aktenstücke Nr. 233, Übersetzung eines nicht abgesandten Telegramms des Kaisers an den Zaren, und Nr. 234, Entwurf eines nicht abgesandten Telegramms des Reichskanzlers, das einen Aufriß der gesamten politischen Situation nach der Auffassung des leitenden deutschen Staatsmannes darstellt:

Nr. 233. Entwurf eines nicht abgesandten Telegramms des Kaisers an den Zaren

Du wirst sicher mit mir darin übereinstimmen, daß der österreichisch-serbische Konflikt nur Österreich und Serbien angeht, und daß man es beiden Ländern überlassen sollte, diese Angelegenheit unter sich zu regeln. Die in Serbien seit Jahren betriebene gewissenlose Agitation hat zu dem abscheulichen Verbrechen geführt, dem Franz Ferdinand zum Opfer gefallen ist. Es ist mein und Dein und überhaupt aller Monarchen gemeinsames Interesse, daß dieses Verbrechen und alle Personen, die moralisch dafür verantwortlich sind, die verdiente Strafe erhalten. Österreich muß freie Hand gewährt werden, das Übel bei der Wurzel zu fassen und die revolutionäre Bewegung in Serbien zu ersticken, die auf andere Länder übergreifen und eines Tages Deinen wie meinen Thron gefährden kann. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht immer noch im Lande. Es wäre unsererseits Torheit und Selbstmord, ihnen irgendwie die verwirkte Strafe zu ersparen.

Willy.

Nr. 234. Entwurf eines nicht abgesandten Telegramms des Reichskanzlers an die Botschafter in Paris, London und Petersburg

Berlin, den 26. Juli 1914.

Einzelne russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Rußlands, in dem Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Rußlands resultierende, europäische Konflagration glaubt die „Nowoje Wremja" sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, wofern es nicht Österreich-Ungarn zum Nachgeben veranlaßt. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Österreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung großserbischer Aspirationen, auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie, diese selbst in ihrer Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schließlich in der frevelhaften Tat von Sarajevo ihren Ausdruck gefunden haben. Wehrt sich Österreich-Ungarn dagegen, so handelt es lediglich aus dem berechtigten Triebe der Selbsterhaltung. Wenn Rußland in diesem Konflikt für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich gewiß sein gutes Recht. Es muß sich aber darüber klar sein, daß es damit die serbischen Bestrebungen und Unterhöhlung der Existenzbedingungen der östrerreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht,

und daß es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Großmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Rußlands liegt klar zu Tage und wiegt um so schwerer, als Graf Berchtold Rußland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben, noch den Bestand des serbischen Königreiches anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den, seine Existenz gefährdenden, serbischen Umtrieben haben.

Deutschlands Stellung in dieser Krisis ist klar vorgezeichnet. Den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien betrachten wir als eine Angelegenheit, die diese beiden Staaten allein angeht und die deshalb lokalisiert bleiben muß[1]. Da Österreich-Ungarn bei seinem Vorgehen vitale Interessen wahrt, ist eine Ingerenz des verbündeten Deutschlands ausgeschlossen. Sollte ein akuter Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland entstehen, so werden wir alle Bestrebungen anderer Großmächte auf Vermittlung dieses Gegensatzes tatkräftig unterstützen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwert greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem namenlosen Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte.

Ew. pp. ersuche ich ergebenst, bei Ihren Unterhaltungen mit den dortigen Staatsmännern den Grundton vorstehender Erwägungen festzuhalten.

Bethmann Hollweg.

Sollte diese Beschränkung des Konfliktes glücken, so mußte von österreichischer Seite aus schnell und scharf gehandelt werden. Es mußten Tatsachen geschaffen werden, auf deren Grundlage verhandelt werden konnte. Aus dieser Erkenntnis heraus drängte die deutsche politische Leitung auf Schnelligkeit. Der Deutsche Kaiser, der als Soldat die militärischen Gefahren in ihrer ganzen Schwere erkannte, beeiferte dies Drängen aus seiner Besorgnis heraus.

Dies Drängen als Kriegshetzerei darzustellen, wie es Herr Kautsky beliebt, kann nur einer Auffassung entspringen, die mit bösem Willen an eine Voruntersuchung herangeht. Was aber ist von einem Pamphletisten zu erwarten, der auf Seite 69 über den Antritt der Nordlandfahrt des Kaisers sich folgenden Satz leistet:

„So vergnüglich die Lustfahrt vor dem Beginn des großen Mordens sein mochte, sie machte Wilhelm schließlich nervös, als die Entscheidung nahte. Der Reichskanzler wollte ihn so lange als möglich forthaben, damit Europa ruhig bleibe, nicht Lunte rieche. Wilhelm dagegen begann zu fürchten, die brennende Lunte

[1] »Den Konflikt ..... bleiben muß« vom Kanzler geändert aus dem ursprünglich von ihm Niedergeschriebenen: »Gerade weil wir mit allen Kräften bestrebt sind, den Konflikt zu lokalisieren, halten wir uns von einer Ingerenz auf die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, die diese beiden Staaten allein angehen, fern«.

könne eine vorzeitige Explosion hervorrufen, und er sei dann mit seiner Flotte an der norwegischen Küste den Engländern preisgegeben, oder Rußland bekomme bei Kriegsbeginn freie Hand in der Ostsee. Er drängte heim."

Kein Northcliffmann hätte das tückischer zu sagen vermocht. Bei Prüfungen großer politischer Entscheidungen ist ähnliches der Fall wie bei der Nachprüfung strategischer Entscheidungen. Nach einer mit knapper Not gelungenen zügigen Operation hörte ich einen leitenden Generalstabsoffizier sich einmal in der Weise äußern:

„Es ist alles gut gegangen. Aber natürlich in der kriegsgeschichtlichen Abteilung werden sie uns einmal später all das nachweisen können, was versäumt worden und schief gegangen ist. Aber wer am Telephon hängt und aus dem Brei der Ereignisse heraus die festen Brocken zusammenlesen soll, kennt die Unzulänglichkeit der Kriegsmathematik."

Dasselbe gilt für die große Politik. Die Kritiker kennen hernach zumeist beide Seiten in ihren Motiven und ihren Entschlüssen. Der Nebel fehlt der über dem Felde der Wirklichkeit lagert.

Während aber die nachträglich prüfenden Historiker ihre Bilder aus der Vergleichung der widerstreitenden Entschlußreihen zu gewinnen trachten, schlägt der Pamphletist Kautsky ein ganz anderes Verfahren ein. Er vermehrt selbst den Nebel durch Lügendämpfe. Er nimmt sich nur die Akten der deutschen Seite, und diese Akten kritisiert er gemäß seiner Voreingenommenheit.

Dabei trägt er der natürlichen Mechanik der Ereignisse keinerlei Rechnung. So ist für ihn zum Beispiel ein Hauptargument die chronologische Verwirrung in der Denkschrift über den Beginn des Krieges. Er stellt auf Seite 145 nebeneinander die Abgangszeiten der letzten Telegramme und der Kriegserklärung. Ich setze diese Gegenüberstellung hierher, weil ich dies Argument durchaus nicht fürchte.

die wirkliche Zeitfolge:	die Aufeinanderfolge in der Denkschrift:
1 Uhr: Absendung der Kriegserklärung	2 Uhr: Zarentelegramm
2 Uhr: Zarentelegramm	ohne jede Zeitangabe: Kaisertelegramm
5 Uhr: Mobilmachung	5 Uhr: Mobilmachung
10 Uhr: Kaisertelegramm an Zaren	ohne Zeitangabe: Absendung der Kriegserklärung.

Jeder Laie wird sich durch diesen Trick der Gegenüberstellung verblüffen lassen. Wie aber sieht diese Reihe wirklich aus? Während die Denkschrift zusammengestellt wurde, drängte es mit der Zeit. Die betreffenden Herren, die die Denkschrift auszuarbeiten hatten, mußten sich das Material erjagen auf den verschiedenen auseinanderliegenden Ämtern (Marineamt, Kriegsministerium, Auswärtiges Amt); anderes Material war noch in der Hand des Kaisers. Da war es nicht möglich, eine Zusammenstellung von historischer Treue in achtundzwanzig Stunden zu machen, wie es den Herausgebern des amtlichen Materials unter Kautskys Leitung in Monaten möglich war.

Die Schlußfolgerung Kautskys bleibt auch nach Richtigstellung der Daten Spiegelfechterei. Es war für das Auswärtige Amt gar kein Anlaß vorhanden, diese richtigen Daten etwa umzufälschen. Daß ein Kaisertelegramm nach der Kriegserklärung noch nach Petersburg ging, beweist doch nur, mit welcher Inbrunst der Deutsche Kaiser den Frieden mit Rußland zu erhalten trachtete. Die Mobilisierungsfrage war, wie auf Seite 46 dargelegt ist, für Deutschland anders gelagert als für Rußland.

Wir dürfen der Überzeugung sein, Herr Kautsky kann sich das alles so gut vorstellen wie der Leser dieser Zeilen, wenn er guten Willens ist. Aber das ist es ja, was wir Herrn Kautsky vorwerfen. Er will nicht guten Willens sein, als Tscheche und als fanatischer Bekämpfer gerade der deutschen Dynastien. Wilhelm II. muß ihm zum Kriegshetzer und Kriegsurheber werden, weil er das monarchische Prinzip in Deutschland zu vernichten trachtet.

Für ihn ist alles erwiesen, was zur Entlastung der Gegenseite dienen kann. Wohl gibt er auf Seite 32 zu, daß auf beiden Seiten imperialistische Tendenzen vorhanden waren:

„Betrachtet man die imperialistischen Tendenzen als unmoralische, und glaubt man, daß es sich bei der Entscheidung der Schuldfrage um ein moralisches Urteil handle, dann mag man mit Recht darauf hinweisen, daß Mönch und Rabbi, Zentralmächte und Entente, beide stinken. Anders steht es, wenn die Frage der Schuld am Kriege nicht als eine der Moralität, sondern der Kausalität auffaßt und fragt, welche bestimmte Politik diesen bestimmten Krieg hervorgerufen hat. Dann wird man vielleicht nicht zu einer moralischen, sicher aber zu einer politischen Verurteilung bestimmter Personen und Institutionen kommen."

Aber dieser Satz entschlüpft dem Agitator, der früher einmal Historiker gewesen ist, fast ungewollt. Der Suchomlinoffprozeß hat klar erwiesen, daß auf russischer Seite der Zar den Krieg nicht heraufbeschwören wollte. Die Telegramme Wilhelms II. bewogen Nikolaus, zu dämpfen, wo er konnte. Die Helden des Suchomlinoffprozesses, der russische Kriegsminister Suchomlinoff und der Generalstabschef Januschkewicz, und Herr Sasonow betrogen den russischen Kaiser, entzündeten die Fackel des großen Krieges.

250 Millionen Pfund Sterling wurden von den Engländern in den Jahren 1914—19 für die Unterminierung des deutschen Kriegswillens ausgegeben, das sind im Friedenskurse 5 Milliarden Mark, eine Milliarde mehr, als die Kriegsentschädigung betrug, die Frankreich im Jahre 1871 an Deutschland bezahlen mußte.

Zu dem im Kriege gesunkenen Valutakurse aber dürften wir dieses Geld auf etwa acht bis neun Milliarden Mark anrechnen.

Zu diesem englischen Propagandafonds kommen die Milliarden, die Amerika und Frankreich gegen die deutsche Inlandstimmung verbrauchten. Mit diesen Geldströmen wurde der pazifistisch-sozialistischen Stimmung der Acker bereitet und die Saat ging nachher lustig auf.

Einer der stärksten Propagandisten gegen das Deutschtum war Herr v. Grelling, der Verfasser des Buches J'accuse, das von der Entente zu Tausenden von Exemplaren gekauft und verbreitet wurde, um in neutralen Ländern die Schuld Deutschlands am Kriege zu erhärten. Als der Suchomlinoff-Prozeß in Rußland stattgefunden hatte und einwandfrei erwiesen war, daß die Mobilisationserklärung über Rußland gegen den Willen des Zaren durch ein Komplott seiner nächsten Ratgeber, des Generalstabschefs Januschkewitz, des Kriegsministers Suchomlinoff und des Ministers des Auswärtigen Sasonow in betrügerischer Weise erschlichen wurde, fühlte sich Herr Grelling flugs bewogen, nachzuweisen, daß diese Kriegstreiber und Verschwörer nur im russisch-patriotischen Sinne gehandelt hätten. In seiner Broschüre treibt der Ententepropagandist Grelling einen dauernden Mißbrauch mit dem Begriff: technische Unmöglichkeit, eine Mobilisierung aufzuhalten.

Erstens: Rußland war, während die Depeschen zwischen dem Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren Nikolaus hin- und herflogen, noch nicht in allen Provinzen mobilisiert. Ob es für den Krieg vorbereitet war oder nicht, spielt bei der Frage zunächst gar keine Rolle. Wäre es nach dem Willen des Zaren Nikolaus gegangen, so wäre Rußland nicht mobilisiert worden. Fest steht: Die Gesamt-Mobilisierung wurde, wie im Prozeß einwandfrei festgestellt wurde, durch die drei Männer im Komplott erschlichen.

War Rußland für den Krieg nicht vorbereitet, wie der deutsche Ententepropagandist Grelling in seiner Broschüre nachzuweisen sich bemüht, so war das Verbrechen der drei Leute gegen ihr Land um so größer. Allein ihnen kam es in der ganzen „Breite" ihres russischen Wesens nur darauf an, den Krieg erst einmal zu haben. Sie waren überzeugt, das unendliche Rußland würde ihn auch gewinnen. Sie kannten russische Geschichte. Rußland hatte mehr Niederlagen erlitten als Siege gewonnen und doch mehr Land

erobert als irgendein anderes Land auf dem Kontinent. Wir kommen zum technischen Begriff der Mobilisierung.

Die Mobilisierung ist erstens eine Geldfrage. Stelle ich Truppen bereit, lasse ich Transporte laufen, so sollen die ungeheuren Summen irgendwie wieder hereingebracht werden.

In diesem Sinne bedeutet Mobilisation und Nichtkriegführen eine finanzielle Niederlage erleiden. Allein die durch Armeen verstärkte diplomatische Stellung kann den finanziellen Verlust auf diplomatischem Gebiet wieder wettmachen. Gemäß den ungeheuren Räumen des russischen Reiches war die russische Mobilisierung langfristig für den Aufmarsch bedacht, die Lawine, die aufgestapelt werden muß, um einen wirksamen Einbruch im Feindesland erzielen zu können, braucht längere Frist, um aufgehäuft werden zu können, als in westeuropäischen Ländern. Außerdem hatte Rußland in diesem Kriege nur eine Front zu bewahren. Es hatte den Rücken frei. Ganz anders war es um das Deutsche Reich, das Reich der Mitte, bestellt. Die deutsche Mobilisierung mußte sich gegen zwei Fronten richten. Der Raum in Deutschland war äußerst gering. Die Menschensammlungen vollzogen sich leichter, die Ballung war in kürzester Zeit vorhanden, und gerade in dieser Kürze der Zeit war eine Möglichkeit der Rettung des Landes vor feindlicher Überschwemmung gegeben. War Kriegsgefahr im Verzug, so mußte Mobilisierung und Ausfall in einer Zeitspanne erfolgen.

Trotzdem hat der Deutsche Kaiser, wie es aus den Akten hervorgeht, das Angebot gemacht, sich gegen Westen defensiv zu verhalten, wenn ihm Garantien gegeben würden. Da Kaiser Wilhelm II. die Natur des Zaren Nikolaus zu kennen glaubte, konnte er unmöglich denken, der Zar wolle den Krieg.

Diese menschliche Berechnung Wilhelms II. hat sich als wahr erwiesen. Der Zar wollte den Krieg nicht. Der Befehl zur Mobilisierung wurde ihm meuchlings entwendet. Aus dieser Ratlosigkeit einem Menschen gegenüber, den Wilhelm II. gut zu verstehen vermeinte, ergibt sich das letzte Telegramm, das nach der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland nach Petersburg gesandt wurde, das Telegramm, das sich ein Kautsky freilich nicht erklären kann. Gerade diese Drahtbotschaft aber, die einen Aufschrei aus einem gepreßten Herzen darstellt, das voller Barmherzigkeit ist über das Unglück der ganzen Welt, ist ein Entlastungsdokument Wilhelms II., der Beweis dafür, daß er guten Willens war.

Menschlich kann ein Deutscher mit dem Herrscher nur Mitleid haben, dem in den schwersten Stunden seines Lebens kein Mann zur Seite stand, um die guten Kräfte seines Wesens zu lenken. Wäre des Kriegsministers Falkenhayn Rat befolgt worden, hätte die maßgebende Politik auf Tirpitz gehört, so wäre ein Krieg gegen Rußland nicht erklärt worden, und damit wäre Zeit ermöglicht gewesen, um für das ungeheure Weltgeschehen einen Aufschub zu gewinnen.

Aber dem Betrachter dieser Zeit erscheint es als fast müßig, solchen Erwägungen Raum zu geben. Die Bedingungen dieses Krieges waren keine zufälligen Kabinettsintrigen, nicht ein Verschwörerwerk, weder zu Peterhof noch zu Potsdam. Die Welt erschien reif für ein neues Durchglühtwerden der Völker, die Menschen sollten umgeformt werden in der großen Form historischen Werdens.

Dies wäre eine Betrachtung, der für dieses Weltgeschehen auch ein Marx, ein Engels gefolgt wären. Aber Herr Kautsky schüttelte die beiden großen Vormänner sozialistischer Weltbetrachtung schon in seiner Vorrede ab, es ist ihm peinlich gewesen, solchen Gedanken zu folgen, weil dann für seinen kleinlichen, peinlichen Klassenhaß, für seinen zerstörerischen Tschechensinn kein Raum gewesen wäre.

Herr Kautsky hat es heute leicht, nachdem die Monarchie gefallen ist, sich über Wilhelms II. „monarchisches Bewußtsein" lächerlich zu machen. Ein Kaiser oder König, der des monarchischen Bewußtseins ermangelt, hätte nicht einmal die repräsentative Fähigkeit, seinen Platz auszufüllen. Der Mord des Erzherzog-Thronfolgers mußte Wilhelm II. empören. Es war die zweite Bluttat gegen zur Krone Berufene, die im Laufe von wenigen Jahren von Serbien vollführt wurde. Er begriff die russische Stellung nicht, denn laut Stück 53 der amtlichen Sammlung zu dem Berichte des Botschafters von Petersburg an den Reichskanzler vom 13. Juli 1914 macht er über die Anzeige der unfreundlichen Urteile in der russischen Gesellschaft über die Ermordung des Erzherzogs die Randbemerkung: „Er wollte ja immer den alten Dreikaiserbund herstellen, er war der beste Freund Rußlands."

Wilhelm II. hielt die politische Situation Europas für haltbar, weil er meinte, die monarchische Solidarität dürfe mit Königsmördern kein Mitgefühl haben. Daß Rußland in den Krieg hineintrieb und in russischen Regierungskreisen ein Solidaritätsgefühl für Monarchien nicht mehr voll in Rechnung gestellt wurde, beweist dem Historiker, daß tatsächlich die Phase der Revolutionierung gegen die Monarchie in Rußland schon sehr weit gediehen war. Sasonow handelte als Russe revolutionär, da er diesen Krieg gegen die große stabile konstitutionelle Monarchie Deutschland betrieb. Der Deutsche Kaiser mag einen Irrtum begangen haben, da er das monarchische Solidaritätsgefühl bei den andern Mitgliedern der Königsfamilien überschätzte. Schuld lud er ebensowenig auf sich wie der Zar, der betrogen ward.

Ich lasse den Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren in der Überlieferung des offiziellen Aktenmaterials folgen. Dieser Depeschenwechsel zeigt deutlich, wie sehr Wilhelm II. darauf bedacht war, den Krieg zu lokalisieren. Für ihn war die Solidarität der Monarchien eine politische Wirklichkeit[1].

[1] Diese psychologische Grundlage der kaiserlichen Politik wird auch erhärtet durch das Zeugnis Tirpitz', der in seinen Memoiren bemerkt: »An jenem Tag traf aus England Prinz Heinrich in Potsdam ein mit der Meldung von Georg V., daß England in einem Krieg neutral bleiben würde.« Ich bezweifelte dies, worauf der Kaiser erwiderte: »Ich habe das Wort eines Königs, das genügt mir.«

Nr. 332. Der Zar an den Kaiser

Telegramm (ohne Nummer) Peterhof Palais, den 29. Juli 1914.

Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernsten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe. Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten zu weit zu gehen. Nicky.

worin besteht das?

Bundesgenosse! W.

Eingeständnis der Schwäche seiner selbst, und Versuch die Verantwortung mir zuzuschieben.

Das Telegramm enthält eine versteckte Drohung! und einem

Befehl ähnliche Aufforderung dem Alliierten in den Arm zu fallen. Falls Ew. Exz. mein Telegramm gestern Abend

abgesandt haben, muß es sich mit diesem gekreuzt haben. Wir werden nun sehen, wie das meine wirkt.

Der Ausdruck „ignoble war" läßt nicht auf monarchisches Solidaritätsgefühl beim Zaren schließen, sondern auf eine

panslawische Auffassung; d. h. die Sorge vor einer capitis diminutio auf dem Balkan im Falle Österr.

Erfolge. Diese könnten ruhig in ihrer Gesamtwirkung erst abgewartet werden. Es ist später immer noch Zeit

zum Verhandeln und eventl. zum Mobilmachen, wozu jetzt

gar kein Grund für Rußland ist. Statt uns die Sommation zu stellen, den Alliierten zu stoppen, sollte S. M. sich an den

Kaiser Franz Josef wenden und mit ihm verhandeln, um die Absichten S. M. kennen zu lernen.

Sollten wir nicht Copien der beiden Telegramme an S. M. den König nach London zur Information gesandt werden? Die Sozen machen Antimilit. Umtriebe in den Straßen, das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfalle werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen.

Loebell und Jagow dahin instruieren. Wir können jetzt keine Soz. Propaganda mehr dulden! Wilhelm.

Nr. 335. Der Kaiser an den Zaren

Berlin, den 28. Juli 1914.

Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den das Vorgehen Österreichs gegen Serbien in Deinem Lande hervorruft. Die gewissenlose Wühlarbeit, die seit Jahren in Serbien am Werke war, hat schließlich zu dem abscheulichen Verbrechen geführt, dem Erzherzog Franz Ferdinand zum Opfer gefallen ist. Der Geist, der die Serben zu Mördern ihres eigenen Königs und seiner Gemahlin machte, herrscht noch im Lande. Du stimmst sicher mit mir darin überein, daß wir beide, Du und ich, sowie alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle für diesen feigen Mord moralisch verantwortlichen Personen ihre verdiente Strafe erhalten. In diesem Falle spielt die Politik keinerlei Rolle.

Andererseits verstehe ich vollkommen, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen Eurer öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Im Hinblick auf die herzliche und innige Freundschaft, die uns beide seit langem mit festem Bande verbindet, biete ich daher meinen ganzen Einfluß auf, um Österreich zu veranlassen, durch sofortiges Handeln zu einer befriedigenden Verständigung mit Dir zu kommen. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen unterstützen wirst, die Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter

Willy.

Nr. 359. Der Kaiser an den Zaren

Berlin, den 29. Juli 1914.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Allein, wie ich Dir in meinem ersten Telegramm gesagt habe, kann ich Österreichs Vorgehen gegen Serbien nicht als einen unwürdigen Krieg ansehen. Österreich weiß aus Erfahrung, daß serbische Versprechungen auf dem Papier gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreichs Aktion dahin zu beurteilen, daß sie volle Bürgschaft dafür zu schaffen anstrebt, daß die serbischen Versprechungen auch wirklich zur Tat werden.

Diese meine Auffassung wird bestätigt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich nicht beabsichtigt, irgendwelche territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens zu machen.

Ich rege daher an, daß es für Rußland durchaus möglich wäre, bei dem österreichisch-serbischen Konflikt in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den entsetzlichsten Krieg zu verwickeln, den es je gesehen hat.

Ich halte eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien für möglich und wünschenswert, und, wie ich Dir schon telegraphiert habe, setzt meine Regierung ihre Bemühungen fort, diese Verständigung zu fördern. Natürlich würden militärische Maßnahmen von

seiten Rußlands, die Österreich als Drohungen ansehen würde, ein Unheil beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und meine Stellung als Vermittler gefährden, die ich auf Deinen Appell an meine Freundschaft und meinen Beistand bereitwillig übernommen habe.

Nr. 366. Der Zar an den Kaiser

Peterhof-Palais, den 29. Juli 1914.

Danke für Dein versöhnendes und freundschaftliches Telegramm. Dagegen war die heute von Deinem Botschafter meinem Minister übergebene offizielle Mitteilung in einem ganz anderen Ton gehalten. Bitte Dich, diese Verschiedenheit aufzuklären. Es würde sich empfehlen, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen. Vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft.

Nanu!

Dein Dich liebender Nicky

Danke gleichfalls

Nr. 390. Der Zar an den Kaiser

Peterhof-Palais, den 30. Juli 1914.

Danke Dir herzlich für Deine schnelle Antwort. Sende heute abend Tatischtschew mit Instruktionen. Die militärischen Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind, wurden vor 5 Tagen zum Zwecke der Verteidigung wegen der Vorbereitungen Österreichs getroffen. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Dein Amt als Vermittler stören werden, das ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit dieses zu einer Verständigung mit uns kommt.

Nein, davon ist gar keine Rede!

Österreich hat ja nur im Süden gegen Serbien eine Theilmobilmachung gemacht. Darauf hin hat der Zar — wie hier von ihm offen zugegeben wi[r]d — milit. Measures, which have now come into force, gegen Österreich und uns getroffen und zwar schon vor 5 Tagen. Es ist uns also um fast eine Woche voraus. Und diese Maßregeln seien zur Vertheidigung gegen Austria, das ihn gar nicht angreift!!!

Ich kann mich nicht auf Mediation mehr einlassen, da der Zar der sie anrief zugleich heimlich mobilgemacht hat, hinter meinem Rücken. Es ist nur ein Manöver, um uns hinzuhalten und den schon gewonnenen Vorsprung. zu vergrößern.

Mein Amt ist aus!

W.

Nr. 420. Der Kaiser an den Zaren

Berlin, den 30. Juli 1914.

Besten Dank für Telegramm. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Sprache meines Botschafters mit dem Inhalt meines Telegramms in Widerspruch gestanden haben könnte. Graf Pourtalès war angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahr und die ernsten Folgen einer Mobilmachung aufmerksam zu machen. Das gleiche sagte ich in meinem Telegramm an Dich. Österreich hat nur gegen Serbien mobil gemacht und nur einen Teil seines Heeres. Wenn, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, Rußland gegen Österreich mobil macht, so wird meine Vermittlerrolle, mit der Du mich gütigerweise betraut hast, und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte übernommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Das ganze Gewicht der Entscheidung ruht jetzt ausschließlich auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

Nr. 480. Der Kaiser an den Zaren

Berlin, den 31. Juli 1914.

Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meinen Beistand habe ich zwischen Dir und der österreichisch-ungarischen Regierung zu vermitteln begonnen. Während diese Verhandlung im Gange war, sind Deine Truppen gegen Österreich-Ungarn, meinen Bundesgenossen, mobil gemacht worden. Dadurch wurde, wie ich Dir schon erklärt habe, meine Vermittlung fast illusorisch gemacht.

Trotzdem habe ich meine Tätigkeit fortgesetzt. Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachricht über ernstliche Kriegsvorbereitungen an meiner Ostgrenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu vorbeugenden Verteidigungsmaßnahmen. In meinem Bestreben, den Frieden der Welt zu erhalten, bin ich bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Die Verantwortung für das Unheil, das jetzt die ganze zivilisierte Welt bedroht, wird nicht auf mich fallen. In diesem Augenblick steht es noch in Deiner Macht, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre oder Macht Rußlands, das wohl in der Lage ist, das Ergebnis meiner Vermittlung abzuwarten. Meine Freundschaft für Dich und Dein Reich, die mir mein Großvater auf dem Sterbebette als Vermächtnis hinterließ, ist mir stets heilig gewesen, und ich habe oft ehrlich zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, namentlich während seines letzten Krieges.

Noch kann der Friede Europas durch Dich erhalten bleiben, wenn Rußland einwilligt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen müssen.

Nr. 487. Der Zar an den Kaiser

Petersburg, Palais, den 31. Juli 1914.

An S. M. den Kaiser, Neues Palais.

Ich danke Dir herzlich für Deine Vermittelung, die Hoffnung zu geben beginnt, daß doch noch alles friedlich enden kann. Es ist technisch

unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die infolge Mobilmachung Österreichs notwendig waren. Es liegt uns fern, einen Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich wegen Serbiens andauern, werden meine Truppen keinerlei herausfordernde Handlung unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich setze mein ganzes Vertrauen in Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittelung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und für den Frieden Europas.

Dein herzlich ergebener Nicky.

Nr. 477. Der Kaiser an den König von England

Neues Palais, den 31. Juli 1914.

Vielen Dank für freundliches Telegramm. Deine Vorschläge decken sich mit meinen Gedanken und mit den Nachrichten, die ich heute nacht aus Wien erhielt und die ich nach London habe weitergeben lassen. Gerade erhielt ich Nachricht vom Kanzler, es sei ihm soeben die offizielle Meldung zugegangen, daß Nicky heute nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte angeordnet hat. Er hat nicht einmal die Ergebnisse der Vermittlung abgewartet, an der ich arbeite, und mich ohne jede Nachricht gelassen. Ich fahre nach Berlin, um Maßnahmen für die Sicherheit meiner östlichen Grenzen zu treffen, wo schon starke russische Truppen Aufstellung genommen haben.

Nr. 574. Der König von England an den Kaiser

London, den 1. August 1914.

Vielen Dank für Dein Telegramm. Ich habe diese Nacht ein dringendes Telegramm an Nicky geschickt und ihm meine Bereitwilligkeit ausgesprochen, alles zu tun, was in meiner Macht liegt, um die Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen den beteiligten Mächten zu fördern.

Georg.

Nr. 546. Der Zar an den Kaiser

Peterhof-Palais, den 1. August 1914.

Ich habe Dein Telegramm erhalten. Verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich wünsche von Dir dieselbe Garantie zu erhalten, wie ich sie Dir gegeben habe, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln zum Heile unserer Länder und des allgemeinen Friedens, der unser aller Herzen teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu vermeiden. Voll Vertrauen erwarte ich mit Spannung Deine Antwort.

Nicky.

Nr. 575. Der Kaiser an den König von England

Berlin, Schloß, den 1. August 1914.

Ich habe von Deiner Regierung soeben die Mitteilung erhalten, worin sie die französische Neutralität unter der Garantie Großbritanniens anbietet.

Diesem Anerbieten war die Frage angefügt, ob unter diesen Bedingungen Deutschland von einem Angriff auf Frankreich absehen würde. Aus technischen Gründen muß meine heute nachmittag schon angeordnete Mobilmachung nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, vorbereitungsgemäß vor sich gehen. Gegenbefehl kann nicht gegeben werden, weil Dein Telegramm leider so spät eintraf. Aber wenn Frankreich mir seine Neutralität anbietet, die durch die britische Flotte und Armee garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden soeben telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.

William.

Nr. 600. Der Kaiser an den Zaren

Berlin, den 1. August 1914.

Danke Dir für Dein Telegramm. Ich habe gestern Deiner Regierung den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um Antwort bis heute mittag gebeten hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich war daher genötigt, meine Armee mobil zu machen.

Sofortige bejahende, klare und nicht mißzuverstehende Antwort Deiner Regierung ist die einzige Möglichkeit, endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich leider nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß Dich ernstlich ersuchen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen Befehl gibst, unter keinen Umständen die geringste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.

Willy.

Beliebige Randbemerkungen des Kaisers, die Herr Kautsky nach seiner vorgefaßten Meinung ausdeutete, werden in der Broschüre Wilhelm II. zum Strick gedreht. Aber Kautskys amtliches Material liegt vor. Wir brauchen nur daraus zu schöpfen, um uns selbst ein Bild des Kaisers zu schaffen, wie er sich in Wirklichkeit zu den welthistorischen Ereignissen stellte.

Wir erleben einen Mann, der treu zu seinem Verbündeten steht, eine schöne Ehrfurcht vor dem alten Kaiser von Österreich beweist, seinen höchsten Abscheu gegen die serbischen Mörder ausspricht, an die Bedeutung des monarchischen Gedankens glaubt und zum Schluß betäubt ist, da er sieht, daß Königsworte in der großen politischen Entscheidung nichts mehr bedeuten.

Dieser Mann ist alles andere als ein Kriegshetzer. Eher fast erscheint er als ein Träumer, als ein Mensch, der die Welt in ihrer Schrecklichkeit nicht gekannt hat. Als die Antwort Serbiens auf das österreichische Ultimatum eintraf, setzte Wilhelm II. in den § 8 eine Randbemerkung, die seinen unzweifelhaften Friedens-

willen bekundet. Ich lasse den Abdruck des § 8 nebst der Randbemerkung des Deutschen Kaisers folgen:

Le Gouvernement royal, cela va de soi, considère de son devoir d'ouvrir une enquête contre tous ceux qui sont ou qui, éventuellement, auraient été mêlés au complot du 15 juin et qui se trouveraient sur le territoire du Royaume. Quant à la participation de cette enquête des agents des autorités au.-hongroises qui seraient délégués à cet effet par le Gouvernement impérial et royal, le Gouvernement royal ne peut pas l'accepter, car ce serait une violation de la Constitution et de la loi sur la procédure criminelle. Cepedant, dans des cas concrètes des communications sur le résultats de l'instruction en question pourraient être donnée aux organes a.-hongrois.

Die Gesandtschaft kann ja mit Kontrolle beauftragt werden!

Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 4⅔ Stunden! Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen! W.

Dieselbe Meinung, die in der Randbemerkung bekundet ist, wird von dem Kaiser gemäß Aktenstück 293 an den Staatssekretär des Auswärtigen am 28. Juli, 10 Uhr vormittags, wie folgt ausgeführt:

Nr. 293. Der Kaiser an den Staatssekretär des Auswärtigen

Neues Palais, 28. VII. 14 10 Uhr V. M.

Ew. Exzellenz!

Nach Durchlesung der Serbischen Antwort, die ich heute Morgen erhielt, bin ich der Überzeugung, daß im Großen und Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können M. Er. nach durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation demüthigster Art liegt darin orbi et urbi verkündet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege.

Dennoch ist dem Stück Papier, wie seinem Inhalt nur beschränkter Werth beizumessen, solange er nicht in die That umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese Schönen Versprechungen Wahrheit und Thatsache werden, muß eine douce violence geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Österreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Versprechungen, besetzte und solange behielte bis thatsächlich die petita durchgeführt sind. Das ist auch nothwendig um der zum 3ten Male umsonst mobilisierten Armee eine äußere satisfaction d'honneur zu geben den Schein eines Erfolges dem Ausland

gegenüber, und das Bewußtsein wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben ihr zu ermöglichen. Ohne dem dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen die höchst bedenklich wäre. Falls Ew. Exz. diese meine Auffassung theilen, so würde Ich vorschlagen: Österreich zu sagen: Der Rückzug Serbiens in sehr demüthigender Form sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden. Wohl aber eine Garantie nöthig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die militärische vorübergehende Besetzung eines Theils von Serbien wohl erreichbar sein. Ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin Ich bereit, den Frieden in Österreich zu vermitteln. Dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen, um so mehr als alle mehr oder weniger offen an Mich appellieren den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich thun auf Meine Manier, und so schonend für das Österreich. Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden, und sie ist dabei dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare satisfaction d'honneur haben; das ist Vorbedingung für meine Vermittlung. Daher wollen Ew. Exz. in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag Mir unterbreiten; der nach Wien mitgetheilt werden soll. Ich habe im obigen Sinne an Chef Generalstabes durch Plessen schreiben lassen, der ganz meine Ansicht theilt.

Wilhelm I. R.

Wir könnten heute sagen, die Absicht Wilhelms II. hätte durchdringen können, wenn von der Seite Rußlands aus diese Absicht nicht durchkreuzt worden wäre. In Konflikt gerieten bei den Verhandlungen die Machtsphären der Großmächte immer. Der russischen Politik stand, da sich die Russen für Großserbien engagiert hatten, eine Niederlage in Aussicht. Nach Wilhelms II. Meinung war den Russen Rückzugsmöglichkeit aus der Sache heraus gegeben: der von Attentaten bedrohte Zar, der Monarch durfte in psychologischer Folgerichtigkeit den als Attentäter entlarvten Serben keine Hilfe gewähren. Diese Rechnung ward durch Sasonow durchkreuzt. Rußland wälzte sich zum Kriege heran. Der Ernst der Lage wird einem jeden klar, der das Aktenstück Nr. 349 des Großen Generalstabes durchliest:

Nr. 349. Der Große Generalstab an den Reichskanzler

Berlin, den 29. Juli 1914.

Zur Beurteilung der politischen Lage.

Es ist ohne Frage, daß kein Staat Europas dem Konflikt zwischen Österreich und Serbien mit einem anderen als wie

menschlichen Interesse gegenüberstehen würde, wenn in ihn nicht die Gefahr einer allgemeinen politischen Verwickelung hineingetragen wäre, die heute bereits droht, einen Weltkrieg zu entfesseln. Seit mehr als fünf Jahren ist Serbien die Ursache einer europäischen Spannung, die mit nachgerade unerträglich werdendem Druck auf dem politischen und wirtschaftlichen Leben der Völker lastet. Mit einer bis zur Schwäche gehenden Langmut hat Österreich bisher die dauernden Provokationen und die auf Zersetzung seines staatlichen Bestandes gerichtete politische Wühlarbeit eines Volkes ertragen, das vom Königsmord im eigenen zum Fürstenmord im Nachbarlande geschritten ist. Erst nach dem letzten scheußlichen Verbrechen hat es zum äußersten Mittel gegriffen, um mit glühendem Eisen ein Geschwür auszubrennen, das fortwährend den Körper Europas zu vergiften drohte. Man sollte meinen, daß ganz Europa ihm hätte Dank wissen müssen. Ganz Europa würde aufgeatmet haben, wenn sein Störenfried in gebührender Weise gezüchtigt und damit Ruhe und Ordnung auf dem Balkan hergestellt worden wäre, aber Rußland stellte sich auf die Seite des verbrecherischen Landes. Erst damit wurde die österreichisch-serbische Angelegenheit zu der Wetterwolke, die sich jeden Augenblick über Europa entladen kann.

Österreich hat den europäischen Kabinetten erklärt, daß es weder territoriale Erwerbungen auf Kosten Serbiens anstreben noch den Bestand dieses Staates antasten wolle, es wolle den unruhigen Nachbar nur zwingen, die Bedingungen anzunehmen, die es für ein weiteres Nebeneinanderleben für nötig hält, und die Serbien, wie die Erfahrung gezeigt hat, trotz feierlicher Versprechungen ungezwungen niemals halten würde. Die österreichisch-serbische Angelegenheit ist eine rein private Auseinandersetzung, für die, wie gesagt, kein Mensch in Europa ein tiefergehendes Interesse haben würde, das in keiner Weise den europäischen Frieden bedrohen, sondern im Gegenteil ihn festigen würde, wenn nicht Rußland sich eingemischt hätte. Das erst hat der Sache den bedrohlichen Charakter gegeben.

Österreich hat nur einen Teil seiner Streitkräfte, acht Armeekorps, gegen Serbien mobilisiert. Gerade genug, um seine Strafexpedition durchführen zu können. Demgegenüber trifft Rußland alle Vorbereitungen, um die Armeekorps der Militärbezirke Kiew und Odessa und Moskau, in Summa zwölf Armeekorps, in kürzester Zeit mobilisieren zu können, und verfügt ähnliche vorbereitende Maßnahmen auch im Norden, der deutschen Grenze

gegenüber und an der Ostsee. Es erklärt, mobilisieren zu wollen, wenn Österreich in Serbien einrückt, da es eine Zertrümmerung Serbiens durch Österreich nicht zugeben könne, obgleich Österreich erklärt hat, daß es an eine solche nicht denke.

Was wird und muß die weitere Folge sein? Österreich wird, wenn es in Serbien einrückt, nicht nur der serbischen Armee, sondern auch einer starken russischen Überlegenheit gegenüberstehen, es wird also den Krieg gegen Serbien nicht durchführen können, ohne sich gegen ein russisches Eingreifen zu sichern. Das heißt, es wird gezwungen sein, auch die andere Hälfte seines Heeres mobil zu machen, denn es kann sich unmöglich auf Gnade und Ungnade einem kriegsbereiten Rußland ausliefern. Mit dem Augenblick aber, wo Österreich sein ganzes Heer mobil macht, wird der Zusammenstoß zwischen ihm und Rußland unvermeidlich werden. Das aber ist für Deutschland der casus foederis. Will Deutschland nicht wortbrüchig werden und seinen Bundesgenossen der Vernichtung durch die russische Übermacht verfallen lassen, so muß es auch seinerseits mobil machen. Das wird auch die Mobilisierung der übrigen Militärbezirke Rußlands zur Folge haben. Dann aber wird Rußland sagen können, ich werde von Deutschland angegriffen, und damit wird es sich die Unterstützung Frankreichs sichern, das vertragsmäßig verpflichtet ist, an dem Kriege teilzunehmen, wenn sein Bundesgenosse Rußland angegriffen wird. Das so oft als reines Defensivbündnis gepriesene französisch-russiche Abkommen, das nur geschaffen sein soll, um Angriffsplänen Deutschlands begegnen zu können, ist damit wirksam geworden, und die gegenseitige Zerfleischung der europäischen Kulturstaaten wird beginnen.

Man kann nicht leugnen, daß die Sache von seiten Rußlands geschickt inszeniert ist. Unter fortwährenden Versicherungen, daß es noch nicht „mobil" mache, sondern nur „für alle Fälle" Vorbereitungen treffe, daß es „bisher" keine Reservisten einberufen habe, macht es sich soweit kriegsbereit, daß es, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, in wenigen Tagen zum Vormarsch fertig sein kann. Damit bringt es Österreich in eine verzweifelte Lage und schiebt ihm die Verantwortung zu, indem es doch Österreich zwingt, sich gegen eine russische Überraschung zu sichern. Es wird sagen: Du Österreich machst gegen uns mobil, du willst also den Krieg mit uns. Gegen Deutschland versichert Rußland, nichts unternehmen zu wollen, es weiß aber ganz genau, daß Deutschland einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen

seinem Bundesgenossen und Rußland nicht untätig zusehen kann. Auch Deutschland wird gezwungen werden, mobil zu machen, und wiederum wird Rußland der Welt gegenüber sagen können: „Ich habe den Krieg nicht gewollt, aber Deutschland hat ihn herbeigeführt.“ So werden und müssen die Dinge sich entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird.

Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzelten Gefühle der Bundestreue, eines der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen wollte, der über dessen Existenz entscheiden muß.

Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine eventuelle spätere Mobilmachung zu treffen. Es ist augenscheinlich, daß Rußland und Frankreich in ihren Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich ist, mobil machen und bereit sein, den Kampf nach zwei Fronten aufzunehmen.

Für die eintretendenfalls von uns beabsichtigten militärischen Maßnahmen ist es von größter Wichtigkeit, möglichst bald Klarheit darüber zu erhalten, ob Rußland und Frankreich gewillt sind, es auf einen Krieg mit Deutschland ankommen zu lassen. Je weiter die Vorbereitungen unserer Nachbarn fortschreiten, um so schneller werden sie ihre Mobilmachung beendigen können. Die militärische Lage wird dadurch für uns von Tag zu Tag ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu verhängnisvollen Folgen für uns führen.

Ich gebe dies Aktenstück vollständig, weil es von Herrn Kautsky in übelster Weise ausgedeutet worden ist. Ich glaube, jeder Deutsche, der dies Aktenstück liest, wird sich klar sein über den soldatisch-sittlichen Ernst, mit dem die geistigen Führer des Heeres den entstehenden Weltbrand betrachteten. Auf den Kaiser mußte die politische Anschauungsweise aufs stärkste einwirken. War er selbst auch kein Diplomat, so spürte er doch von Stunde zu Stunde, daß übermächtige Kräfte am Werke waren, den Frieden zu zerreißen. Ich lasse eine Reihe von Aktenstücken mit Randbemerkungen folgen, in denen sich das Seelendrama eines Herr-

schers spiegelt, der zuerst im Glauben an die gewaltige Macht seines Reiches treu an die Seite des Bundesgenossen tritt, um den kleinen schwelenden Feuerbrand am Balkan zu begrenzen und auszulöschen, der es dann erlebt, wie dies kleine Feuer den ganzen Weltteil Europa in Flammen setzt und mit klarer Erkenntnis in einen Krieg zieht, der eher Untergang als Sieg erhoffen läßt.

Nr. 159. Der Gesandte in Belgrad an das Auswärtige Amt

Telegramm 31 Belgrad, den 24. Juli 1914.

Der energische Ton und die präzisen Forderungen der österreichischen Note sind der serbischen Regierung vollständig unerwartet gekommen. Seit heute früh tagt der Ministerrat unter dem Vorsitz des Kronprinz-Regenten, kann aber zu keinem Entschluß kommen. Es wird als unmöglich bezeichnet, innerhalb 48 Stunden die gestellten Bedingungen zu erfüllen, insbesondere die Punkte 2, 4, 5, 6 Absatz 2, in denen eine direkte Einmischung in die Souveränität Serbiens erblickt wird. Im Falle des Erlasses des Tagesbefehls wird eine militärische Erhebung befürchtet.

bravo! man hatte es den Wienern nicht mehr zugetraut!

es scheint S. M. haben sich gedrückt!

Die stolzen Slaven!

Wie ich höre, wird die Verlegung der Regierung nach Nisch erwogen.

Griesinger.

Wie hohl zeigt sich der ganze sog. Serbische Großstaat, so ist es mit allen Slavischen Staaten beschaffen! Nur feste auf die Füße des Gesindels getreten!

Nr. 160. Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt

Telegramm 149 St. Petersburg, den 25. Juli 1914.

Hatte eben lange Unterredung mit Sasonow, in der ich Inhalt Erlasses 592 eingehend verwertet. Minister, der sehr erregt war und sich in maßlosen Anklagen gegen Österreich-Ungarn ergeht, erklärte auf das bestimmteste, Rußland

gut

könne unmöglich zulassen, daß österreichisch-serbische Differenzen zwischen beiden Beteiligten allein ausgetragen werden. Die Verpflichtungen, die Serbien nach der bosnischen Krisis übernommen habe und auf welche österreichische Note anspielt, seien Europa gegenüber übernommen worden, folglich sei die Angelegenheit eine europäische, und es sei an Europa, zu untersuchen, ob Serbien diesen Verpflichtungen nachgekommen sei. Er beantragt daher, daß das Dossier über die Untersuchung den Kabinetten der sechs Mächte vorgelegt werde. Österreich könne nicht in eigener Sache Richter und Ankläger sein. Sasonow erklärte, die von Österreich-Ungarn in der Note behaupteten Tatsachen könne er in keiner Weise als bewiesen ansehen, die enquête flößt ihm vielmehr das größte [Mißtrauen] ein. Er fuhr fort, in der rein rechtlichen Frage könne Serbien, falls die behaupteten Tatsachen erwiesen seien, Österreich Satisfaktion geben, in den Forderungen politischer Art dagegen nicht. Ich weise darauf hin, daß es unmöglich sei, die rechtliche von der politischen Seite des Falles zu trennen, da das Attentat mit der großserbischen Propaganda unzertrennlich verbunden sei.

Blech!

Das ist Ansichtssache!

nicht zu trennen

richtig panslavistischen

Ich versprach, seine Auffassung meiner Regierung zu übermitteln, glaubte aber nicht, daß wir unserem Verbündeten zumuten würden, das Resultat der von ihm geführten Untersuchung noch einem europäischen Areopag vorzulegen. Österreich werde sich gegen diese Zumutung ebenso wehren, wie jede Großmacht es ablehnen müsse, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, wo ihre vitalen Interessen in Frage ständen.

ganz bestimmt nicht!

bravo! gut gesagt!

Mein Hinweis auf das monarchische Prinzip machte auf den Minister wenig Eindruck. Rußland wisse, was es dem monarchischen Prinzip schuldet, um das es sich hier eben gar nicht handle. Ich habe Sasonow sehr ernst, aber unter Vermeidung alles, was als Drohung

Seit seiner Verbrüderung mit der französ. Sozialrepublik nicht mehr!

scheinen könnte, gebeten, sich von seinem Haß gegen Österreich nicht hinreißen zu lassen und „keine schlechte Sache zu verteidigen“. Rußland könne sich unmöglich zum Anwalt von Königsmördern machen.

Fürstenmord

sehr gut

Im Laufe des Gesprächs rief Sasonow aus: „Wenn Österreich-Ungarn Serbien verschlingt, werden wir mit ihm den Krieg führen“; hieraus läßt sich vielleicht schließen, daß Rußland erst in dem Fall zu den Waffen greifen würde, daß Österreich auf Kosten Serbiens territoriale Erwerbungen machen wollte. Auch der Wunsch einer Europäisierung der Frage scheint darauf hinzuweisen, daß ein sofortiges Einschreiten von Rußland nicht zu erwarten ist.

na denn zu!

das will es ja scheints nicht

richtig

Pourtalès.

Nr. 368. Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt

Telegramm 178 London, den 29. Juli 1914.

Sir E. Grey ließ mich soeben nochmals zu sich bitten. Der Minister war vollkommen ruhig, aber sehr ernst, und empfing mich mit den Worten, daß die Lage sich immer mehr zuspitze. Sasonow habe erklärt, nach der Kriegserklärung nicht mehr in der Lage zu sein, mit Österreich direkt zu unterhandeln und hier bitten lassen, die Vermittelung wieder aufzunehmen. Als Voraussetzung für diese Vermittelung betrachtet die russische Regierung die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten.

Das stärkste und unerhörteste Stück Engl. Pharisäerthums das ich je gesehen! Mit solchen Hallunken mache ich nie ein Flottenabkommen!

trotz Appells des Zaren an mich!

damit bin ich außer Cours gesetzt.

Sir E. Grey wiederholte seine bereits gemeldete Anregung, daß wir uns an einer solchen Vermittelung zu vieren, die wir grundsätzlich bereits angenommen hätten, beteiligen sollten. Ihm persönlich schiene eine geeignete

gut

Grundlage für eine Vermittelung, daß Österreich etwa nach Besetzung von Belgrad oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe. Sollten Ew. Exzellenz jedoch die Vermittelung übernehmen, wie ich heute früh in Aussicht stellen konnte, so wäre ihm das natürlich ebenso recht. Aber eine Vermittelung schiene ihm nunmehr dringend geboten, falls es nicht zu einer europäischen Katastrophe kommen sollte.

haben wir seit Tagen bereits zu erreichen versucht umsonst!

Anstatt der Vermittelg. ein ernstes Wort an Petersburg u. Paris, daß England ihnen nicht hilft würde die Situation sofort beruhigen.

Sodann sagte mir Sir E. Grey, er hätte mir eine freundschaftliche und private Mitteilung zu machen, er wünsche nämlich nicht, daß unsere so herzlichen persönlichen Beziehungen und unser intimer Gedankenaustausch über alle politischen Fragen mich irreführten und er möchte sich für später den Vorwurf [der] Unaufrichtigkeit ersparen. Die britische Regierung wünsche nach wie vor mit uns die bisherige Freundschaft zu pflegen und sie könne, solange der Konflikt sich auf Österreich und Rußland beschränke, abseits stehen. Würden wir aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere und die britische Regierung würde unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen. In diesem Falle würde es nicht angehen, lange abseits zu stehen und zu warten, „if war breaks out, it will be the greatest catastrophe that the world ever has seen". Es liege ihm fern, irgendeine Drohung aussprechen zu wollen, er habe mich nur vor Täuschungen und

aha! Der gemeine Täuscher!!

der bleibt!

d. h. wir sollen Österreich sitzen lassen urgemein und mephistopheli ch! aber recht Englisch

sind schon gefaßt

d. h. sie werden uns anfallen

gänzlich mißglückt

sich vor dem Vorwurf der Unaufrichtigkeit bewahren wollen und daher die Form einer privaten Verständigung gewählt.

unaufrichtig ist er alle diese Jahre trotzdem gewesen bis in seine letzte Rede

Sir E. Grey fügt noch hinzu, die Regierung müsse auch mit der öffentlichen Meinung rechnen; bisher sei dieselbe im allgemeinen für Österreich günstig gewesen, da man die Berechtigung einer gewissen Genugtuung anerkenne, jetzt aber fange sie an, infolge der österreichischen Hartnäckigkeit vollkommen umzuschlagen.

wir [illegible] neukreierten! wenn sie will kann sie die öffentliche Meinung wenden und di igieren, da ihr die Presse unedingt gehorch[t]

mit Hilfe der Jingopresse

Meinem italienischen Kollegen, der mich soeben verläßt, hat Sir E. Grey gesagt, er glaube, falls die Vermittelung angenommen werde, Österreich jede mögliche Genugtuung verschaffen zu können, ein demütigendes Zurückweichen Österreichs käme gar nicht mehr in Frage, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und unter der Zustimmung Rußlands genötigt werden würden, sich den österreichischen Wünschen unterzuordnen. Österreich könne also auch ohne einen Krieg, der den europäischen Frieden in Frage stelle, Bürgschaften für die Zukunft erlangen.

Lichnowsky.

England dekouvriert sich im Moment wo es der Ansicht ist, daß wir im Lappjagen eingestellt sind und so zu sagen erledigt! Das gemeine Krämergesindel hat uns mit Diners und Reden zu täuschen versucht. Die gröbste Täuschung, die Worte des Königs für mich an Heinrich: »We shall remain neutral and try to keep out of this as long as possible« Grey straft den König Lügen, und diese Worte an Lichnowsky sind der Ausfluß des bösen Gewissens, daß er eben das Gefühl gehabt hat uns getäuscht zu haben. Zudem ist es tatsächlich eine Drohung mit Bluff verbunden, um uns von Österreich loszulösen und an der Mobilmachung zu hindern und die Schuld am Kriege zuzuschieben. Er weiß ganz genau, daß wenn er nur ein einziges, ernstes, scharfes abmahnendes Wort in Paris und Petersburg spricht und sie zur Neutralität ermahnt, beide sofort stille bleiben werden. Aber er hütet sich das Wort auszusprechen, sondern droht uns statt dessen! Gemeiner Hundsfott! England **allein** trägt die Verantwortung für Krieg und Frieden nicht wir mehr! Das muß auch öffentlich klargestellt werden.

W.

Nr. 399. Der Reichskanzler an den Kaiser

Berlin, den 29. Juli 1914.

Demnach hat der Zar mit seinem Appell an meine Hilfe einfach Comödie gespielt und uns angeführt! Denn man bittet nicht um Hilfe und Mediation, wenn man bereits mobilmacht! W.

Ew. k. u. k. M. Botschafter in St. Petersburg meldet in dem alleruntertänigst beigefügten Telegramm, daß Herr Sasonow ihm von einer Mobilisierung Rußlands gegen Österreich Mitteilung gemacht hat. Dementsprechend hat auch der hiesige russische Botschafter heute hier mitgeteilt, daß Rußland Kiew, Kasan, Odessa und Moskau mobilisiere, dies aber keineswegs den Krieg bedeute, die diplomatischen Beziehungen zu Österreich auch nicht abgebrochen würden. Gegen Deutschland wäre keinerlei Mobilisation erfolgt.

Darauf muß ich auch mobil machen! die schon am 24/VII begonnen hat

die Garden auch vermuthlich

Ich habe sofort Ew. M. Botschafter in Petersburg telegraphisch angewiesen, den russischen Minister auf die wahrscheinlichen Konsequenzen dieser Mobilisierung gegen Österreich hinzuweisen und ihn zu ersuchen, solange die Verhandlungen mit Wien, bei denen wir vermittelten, fortliefen, jeden kriegerischen Konflikt mit Österreich zu vermeiden.

v. Bethmann Hollweg

sie ist nach dem Telegramm des Zaren vom 29. bereits vor 5 Tagen befohlen, also am 24ten gleich nach Überreichung des Ultimatums an Serbien. Also lange ehe der Zar mich telegraphisch um Vermittlung gebeten hat. Er hat bei seinem ersten Telegramm ausdrücklich gesagt, er werde voraussichtlich gezwungen werden Maßregeln ergreifen zu müssen die zu einem Europ. Kriege führen würden Also damit nimmt er die Schuld auf sich. In Wirklichkeit waren die Maßregeln aber schon in vollem Gang und er hat mich einfach belogen Die Sendung Tatischeffs und der Wunsch ich möge mich durch seine Mobilmachungsmaßregeln nicht in meiner Mediator-Rolle stören lassen sind kindisch, und lediglich darauf berechnet uns auf den Gänsedreck zu führen! Ich sehe meine Vermittelungsaktion als gescheitert an, da der Zar statt ihre Wirkung loyal abzuwarten hinter meinem Rücken, ohne mir eine Andeutung zu machen bereits mobilisiert hatte! W.

Nr. 401. Der Botschafter in Petersburg an das Auswärtige Amt

Telegramm 189
Dringend!

Petersburg, den 30. Juli 1914.

Hatte eben mit Sasonow, der mich um Mitternacht rufen ließ, 1½stündige Unterredung. Zweck des Ministers war, mich zu überreden, bei meiner Regierung Teilnahme an Konversation zu vieren zu befürworten, um Mittel ausfindig zu machen,

Österreich auf freundschaftlichem Wege zu bewegen, die Souveränität Serbiens antastenden Forderungen fallen zu lassen. Ich habe lediglich Wiedergabe der Unterredung zugesagt und mich auf den Standpunkt gestellt, daß mir jeder Gedankenaustausch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich scheine, seitdem sich Rußland zu dem verhängnisvollen Schritt der Mobilmachung entschlossen habe. Rußland verlange von uns Österreich gegenüber dasjenige zu tun, was Österreich Serbien gegenüber vorgeworfen werde, nämlich Eingriff in seine Souveränitätsrechte. Nachdem Österreich durch Erklärung seines territorialen Desinteressements, welches seitens eines im Kriege befindlichen Staates sehr viel bedeute, versprochen habe, auf russische Interessen Rücksicht zu nehmen, sollte man die österreichisch-ungarische Monarchie jetzt ihre Regelung mit Serbien allein regeln lassen. Beim Friedensschluß werde immer noch Zeit sein, auf Schonung serbischer Souveränität zurückzukommen. Ich habe sehr ernst hinzugefügt, daß die ganze austro-serbische Angelegenheit augenblicklich gegenüber der Gefahr europäischer Konflagration in den Hintergrund trete. Ich habe mir alle Mühe gegeben, die Größe dieser Gefahr dem Minister vor Augen zu führen. Sasonow war nicht davon abzubringen, daß Rußland Serbien nicht im Stich lassen könne. Keine Regierung würde ohne ernste Gefahren für die Monarchie eine solche Politik hier führen können.

Im Laufe der Unterredung wollte Sasonow Widerspruch zwischen Telegramm Sr. M. des Kaisers und Königs an den Zaren und Ew. Exz. telegraphischer Weisung Nr. 134 konstruieren. Ich bin dem bestimmt entgegengetreten und habe darauf hingewiesen, daß, selbst wenn wir schon mobil gemacht hätten, der

ist die Russ. Mobilmachung ein freundschaftlicher Weg!!

richtig

sehr gut

gut!

a

Blödsinn! Diese Sorte von Politik birgt die ernstesten Gefahren für den Zaren in Sich!

aha! Wie ich es schon vermuthete!

noch nichts erfolgt

richtig

Appell meines Allergnädigsten Herrn an die gemeinsamen Interessen der Monarchen mit dieser Maßregel nicht in Widerspruch stehen würde. Die Mitteilung, die ich ihm heute nachmittag im Auftrage Ew. Exz. gemacht hätte, sei keine Drohung gewesen, sondern eine freundschaftliche Warnung unter Hinweis auf die automatische Wirkung, die hiesige Mobilmachung infolge deutsch-österreichischen Bündnisses bei uns hervorrufen müsse. Sasonow erklärte, daß Rückgängigmachung des Mobilmachungsbefehls nicht mehr möglich sei, und daß österreichische Mobilmachung daran schuld sei.

Das war eine Teilmobilmachung von 6 Corps zu begrenztem Zweck!

Habe aus Äußerungen Sasonows Eindruck, daß Allerhöchstes Telegramm Wirkung auf Zaren nicht verfehlt hat, fürchte aber, daß der Minister eifrig bemüht ist, daran zu arbeiten, daß Zar fest bleibt. Pourtalès.

Wenn Mobilmachung nicht mehr rückgängig zu machen ist — was nicht wahr ist —, warum hat dann überhaupt der Zar meine Vermittlung drei Tage nachher angerufen ohne die Erlassung des Mobilmachungsbefehls zu erwähnen?! Das zeigt doch klar, daß die Mobilmachung ihm selbst übereilt erschienen ist und er hinterher zur Beruhigung seines erwachten Gewissens pro Forma diesen Schritt bei uns that, obwohl er wußte, daß er zu nichts mehr nutze sei, da er sich nicht stark genug fühlt, die Mobilisierung zu stoppen. Leichtsinn und Schwäche sollen die Welt in den furchtbarsten Krieg stürzen, der auf den Untergang Deutschlands schließlich abzielt. Denn das läßt jetzt für mich keinen Zweifel mehr zu: England, Rußland und Frankreich haben sich verabredet — unter zu Grunde Legung des casus foederis für uns Österreich gegenüber — den Österreichisch-Serbischen Konflikt zum Vorwand nehmend gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen. Daher Greys zynische Bemerkung an Lichnowsky „solange der Krieg auf Rußland und Österreich beschränkt bleibe würde England still sitzen, erst wenn wir uns und Frankreich hineinmischten würde er gezwungen sein, aktiv gegen uns zu werden["]. D. h. entweder wir sollen unseren Bundesgenossen schnöde verrathen und Ruß-

land preisgeben — damit den 3 Bund sprengen oder für unsere Bundestreue von der 3pel Entente gemeinsam überfallen und bestraft werden, wobei ihrem Neid endlich Befriedigung wird uns gemeinsam total zu ruinieren. Das ist in nuce die wahre nackte Situation, die langsam und sicher durch Edward VII. eingefädelt, fortgeführt, durch abgeleugnete Besprechungen Englands mit Paris und Petersburg, systematisch ausgebaut; schließlich durch Georg V. zum Abschluß gebracht und ins Werk gesetzt wird. Dabei wird uns die Dummheit und Ungeschicklichkeit unseres Verbündeten zum Fallstrick gemacht. Also die berühmte „Einkreisung" Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Tatsache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten sie zu hindern. Das Netz ist uns plötzlich über den Kopf zugezogen und ho[h]lächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pure antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns isolirt im Netze zappelnd aus unserer Bundestreue zu Österreich den Strick zu unserer Politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zu Grunde geht. Edward VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben[,] die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen, durch diese oder jene kleinen Maßregeln!!! Unablässig, unnachgiebig hat es sein Ziel verfolgt, mit Noten, Feiertagsvorschlägen, scares, Haldane etc. bis es soweit war. Und wir sind ins Garn gelaufen und haben sogar das Einertempo im Schiffbau eingeführt in rührender Hoffnung England damit zu beruhigen!!! Alle Warnungen, alle Bitten meinerseits sind nutzlos verhallt. Jetzt kommt der Engl. sog. Dank dafür! Aus dem Dilemma der Bundestreue gegen den ehrwürdigen, alten Kaiser wird uns die Situation geschaffen, die England den erwünschten Vorwand gibt uns zu vernichten, mit dem heuchlerischen Schein des Rechtes, nämlich Frankreich zu helfen wegen Aufrechterhaltung der berüchtigten balance of Power in Europa, d. h. Ausspielung aller Europäischen Staaten zu Englands Gunsten gegen uns! Jetzt muß dieses ganze Getriebe schonungslos aufgedeckt und ihm öffentlich die Maske christlicher Friedfertigkeit in der Öffentlichkeit schroff abgerissen werden und die Pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger gestellt werden!! Und unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen

die ganze Mohammedanische Welt gegen dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren. — — — W.

Jeder Deutsche wird in diesen Sätzen die tiefe Tragik eines Menschen empfinden, der plötzlich hellsichtig wird über die Pläne seiner Feinde und den nun der Trotz der Verzweiflung packt.

Herr Kautsky richtet sich selbst, wenn er dazu folgendes bemerkt:

„Diese Philippika kennzeichnet Wilhelm. Nachdem er durch seine Verschwörung mit Österreich Deutschland in eine so furchtbare Lage gebracht, denkt er nicht daran, wie er es wieder aus ihr herausbringt, sondern nur an den Theatereffekt, wie er das ganze Getriebe seiner Gegner schonungslos aufdeckt, ihm die Maske christlicher Friedfertigkeit schroff abreißt und die pharisäische Friedensheuchelei an den Pranger stellt."

Nr. 474. Der Kaiser an das Reichsmarineamt und den Admiralstab

Zur Orientierung für R.M.A. und Adm.-Stab.

Secretissime! 31. VII. 14, 12 Uhr mittags.

Nachdem mir gestern — 30. VII. — Chef Adm.-Stabes Kenntnis des Telegramms des Marineattachés aus London gegeben hatte, die Unterhaltung Sir E. Greys mit Fürst Lichnowsky betreffend, in welcher Deutschland zu verstehen gegeben wurde, daß nur das Verraten seines Bundesgenossen durch Nichtteilnahme am Kriege gegen Rußland uns vor einem sofortigen englischen Angriff bewahren könnte, traf bald darauf die Meldung des Botschafters über dieses Gespräch als Bestätigung ein, vom Auswärtigen Amt kommentarlos eingesandt. Es war mir klar, daß hierdurch Sir E. Grey seinen eigenen König, der mir eben durch Prinz Heinrich eine klare Neutralitätserklärung offiziell hatte zugehen lassen — am 29. mündlich überbracht —, mir gegenüber als unwahrhaft darstellte. Da ich nun der Überzeugung bin, daß die ganze Krisis nur allein durch England veranlaßt und nur allein durch England gelöst werden kann (durch Druck auf die verbündeten Russen und Gallier), so entschloß ich mich zu einem Telegramm privater Natur an den König, der anscheinend sich seiner Rolle und Verantwortung in der Krisis in keiner Weise klar ist. Durch den Prinzen Heinrich

ließ ich folgendes etwa telegraphieren: Ich sei Sr. M. sehr zu Dank verpflichtet für seine Neutralitätserklärung, die mir der Prinz in seinem Auftrage überbrachte. Ich sei über die Lage sehr präokkupiert und in angestrengter Arbeit, sie zu lösen. Andauernder telegraphischer Meinungsaustausch zwischen Zaren und mir finde statt, da derselbe an mich appelliert habe, zwischen ihm und Wien zu vermitteln, was ich bereitwilligst übernommen habe. Leider habe mir erst am 29. der Zar mitgeteilt, daß er mobil gemacht habe, wobei aus dem Datum hervorgehe, daß er drei Tage vor dem Appell an mich die Mobilmachung befohlen hatte, ohne mich davon zu informieren. Ich hätte den Zaren darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese unerwartete Maßregel er meine Stellung als Vermittler illusorisch mache, Österreich veranlasse, das als Drohung aufzufassen und somit eine ungeheure Verantwortung auf seine Schultern nehme für einen Weltenbrand. Ich sei der Ansicht, daß nunmehr die einzige Möglichkeit, einen Weltenbrand zu hindern, den England auch nicht wünschen könne, in L o n d o n läge, nicht in B e r l i n. Anstatt Vorschläge für Konferenzen usw. zu machen, möge S. M. der König klipp und klar Russen und Galliern gleichzeitig anbefehlen lassen — es seien ja s e i n e A l l i i e r t e — umgehend ihre Mobilmachungen e i n z u s t e l l e n, n e u t r a l zu bleiben und die Vorschläge Österreichs abzuwarten, die ich sofort weitergeben werde, sobald sie mir mitgeteilt seien. Die v o l l e V e r a n t w o r t u n g für den entsetzlichsten Weltbrand, der je getobt habe, falle unbedingt auf s e i n e S c h u l t e r n, und er werde von Welt und Geschichte dafür mal verurteilt werden. Ich könne nichts d i r e k t mehr machen; es sei an ihm, nunmehr einzugreifen und die Ehrlichkeit englischer Friedensliebe zu beweisen. Meiner loyalen und regsten Unterstützung könne er versichert sein. Anliegendes Telegramm des Königs ist die Antwort. Seine Vorschläge decken sich mit meinen, die ich dem Wiener Kabinett, das uns seit sechs Tagen ohne Antwort läßt, suggeriert habe, und die gleichfalls gestern abend als solche von Wien uns telegraphiert wurden. Ich habe sie nach London weitergegeben und des Königs Antwort an Wien. Zwischen Wien und Peterhof sind diplomatische Besprechungen endlich begonnen worden, auch hat Peterhof auch London um Vermittlung angefleht. In Petersburg nach heutiger Meldung des Botschafters absolut g a r k e i n e Kriegsbegeisterung, im Gegenteil gedrückte Stimmung, da gestern abend wieder heftige

Straßenkämpfe zwischen Revolutionären und Truppen und Katerstimmung bei Hof und Militär, da sie, wieder zur Besinnung kommend, einen Schreck bekommen über das, was sie mit ihrer vorzeitigen Mobilmachung angerichtet und noch anrichten könnten.

Wilhelm I. R.

Denken wir von diesen Ausgangstagen des August 1914 das Drama dieses Mannes weiter, von den Siegeshoffnungen im September zu dem unerbittlichen, blutigen Ringen durch Jahre hindurch, in denen wieder und wieder die Siegeslorbeeren den großen Bataillonen grünen und Deutschland zu einem napoleonischen Kriegsreich wächst, bis das ganze Gebäude von innen unterwühlt zusammenbricht.

Denken wir weiter an die Tragödie der Abdankung, in der dem Kaiser nicht einmal eine freie Entscheidung gegönnt war nach dem Staatsstreiche des Prinzen Max, denken wir an die aufreibenden Gespräche mit den Heerführern, die unter dem Revolutionsdrucke standen, die Schilderungen, die dem Kaiser vom roten Herrn Gröner gegeben wurden, in Berlin flösse das Blut stromweise, so daß seiner Menschlichkeit der Verzicht abgerungen werden konnte, um Blut zu sparen.

Es trat an Kaiser Wilhelm II. der Gedanke heran, an der Spitze des Leibregiments oder des Lehrbataillons kämpfend zu fallen. Aber auch dies hätte Blut gekostet, wäre der mittelalterliche Tod eines Wiking gewesen, romantisch, großartig, grausam! So wäre in Wahrheit ein Warlord gestorben, als den die Engländer Wilhelm II. verleumdeten.

Als sich aber der Kaiser den schweren Verzicht abgerungen hatte, wollte er nicht, daß für seine Person deutsches Blut ohne Sinn und Nutzen vergossen würde. Er hatte nicht den Krieg geführt für sich, sondern für Volk und Reich. Auch diesen kaiserlichen Entschluß sollten Deutsche in dem Lichte der Menschlichkeit und des Friedenswillens sehen, die bei Wilhelm II. vorherrschend waren. Eine Persönlichkeit, bei der diese milden Züge des Charakters nicht so zwingend gewesen wären wie bei Wilhelm II., hätte vielleicht Thron und Reich behaupten können.

Darum ist es die frechste und frivolste Fälschung, diesem Manne Absichten anzudichten, die nur aus einem anderen Charakter heraus hätten entströmen können.

Das Auslieferungsbegehren unserer Feinde, die uns ein Schuldgeständnis erpreßt haben und mit Millionen Bestechungsgeldern

dem deutschen Volke ein böses Gewissen suggerierten, müssen wir als eine mit Heuchelei gesalzene Grausamkeit bezeichnen.

Heute, da die Auslieferungsliste vorliegt, die alle großen und tapferen Namen des deutschen Heeres enthält, öffnen sich die Augen vieler. Aber noch ist es nicht allen zum klaren Bewußtsein gekommen, daß der Germane am größten war, wenn er für seinen Kaiser, König oder Herzog focht, auch im aussichtslosen Kampfe.

Die tiefste und schwerste deutsche Sage erzählt von der Treue der Nibelungen gegen ihren König — Gunther.

Beim Abschluß des Bandes liegt mir die letzte Note der Entente vor, die die Auslieferung des Kaisers von Holland fordert. Dem Leser dieser Schrift wird sie eine Bestätigung dafür sein, daß der unbarmherzige Wille der Entente daraufhin zielt, uns für ewig das Kainsmal der Schmach für den Weltkrieg aufzudrücken. Unsere Pflicht wird es sein, mit allen Beweismitteln im Inland und im Ausland das Gewissen der Völker aufzurütteln, damit nicht unser Volk und unsere Führer gebrandmarkt und geächtet bleiben.

ANTWORTNOTE AN HOLLAND.

Die Entente beharrt auf der Auslieferung.

Paris, 17. Februar.

Die Antwort des Obersten Rates der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Exkaisers Wilhelm von Hohenzollern zu dessen Verurteilung Kenntnis genommen. Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten ungeheuren Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich stützt auf eine annehmbare, aber ganz persönliche Erwägung eines Staates, der im Kriege abseits gestanden ist und vielleicht nicht genau die Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwägt.

Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Völkern, die Tragweite der in Rede stehenden Frage und die so schwerwiegende politische Verantwortlichkeit, die sich aus der Aufgabe der Rechtsforderung gegen den ehemaligen Kaiser ergeben würde, bestimmen die Mächte, ihre Forderung aufrechtzuer-

halten und zu erneuern. Die Mächte verlangen von der königlichen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Gesuches, die nach ihrer Meinung nicht allein oder doch nicht in der Hauptsache von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges, und die Mächte widmen dem Gefühl der Gewissenhaftigkeit eines Staates mit begrenztem Interesse ebensoviel Aufmerksamkeit wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzuurteilen, können sie die Schaffung eines obersten Gerichtes nicht abwarten, das mit der Verfolgung internationaler Verbrecher betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg ebnen. Die Mächte wünschen festzustellen, daß der Völkerbund noch keinen solchen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm oder irgendeinem durch ihn ins Leben gerufenen Gericht gelingen könnte, vollständige Genugtuung zu schaffen. Würde die Weigerung der königlichen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, falls die Weigerung aufrechterhalten bleibt, nicht einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren jedes internationalen Gerichtshofes gegen hochgestellte Schuldige unwirksam zu machen?

Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesuch gegenüber dem ehemaligen Kaiser von ihr nur vom Standpunkt ihrer eigenen Politik aus ins Auge gefaßt worden ist. Sie hat dabei nicht in Erwägung gezogen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Grundsätze der Menschlichkeit sicherzustellen, Verbrechen, für die in heute unleugbarer Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortlichkeit zufällt. Die Note vom 15. Januar wurde überreicht im Namen von 26 alliierten und assoziierten Mächten, den Signataren des Friedensvertrages und gemeinsamen Mandataren des größten Teiles der zivilisierten Nationen. Das beweist, daß man unmöglich die gemeinsame Kraft dieser Forderung verkennen kann, die nicht nur der Ausdruck des Urteils derjenigen ist, die gelitten haben, sondern auch der Ausdruck des Bedürfnisses der Gerechtigkeit, die im Namen der Menschheit spricht. Wie könnte die holländische Regierung vergessen, das es der Politik und der Person des von den Mächten zur Aburteilung ver-

langten Mannes zuzuschreiben ist, wenn nahezu 10 Millionen Menschen in der Blüte ihres Alters brutal dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verstümmelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt, und wenn Tausende von Quadratkilometern eines bisher industriereichen, friedlichen und glücklichen Landes verheert und zerstört wurden und wenn die Kriegsschuld 1000 Milliarden übersteigt und wenn all dies geschehen ist zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit, die Freiheit ihrer Kinder und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigt haben? Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Not und Elend, die eine fürchterliche Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges sind.

Die Alliierten konnten die Überraschung nicht verbergen, die sie empfanden, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die von dem Kaiser begangenen Verbrechen fand, Verbrechen, die die Urgefühle der Menschheit und der Zivilisation aufrütteln und deren unschuldige Opfer namentlich auch viele holländische Staatsangehörige auf hoher See wurden. Es stimmt das völlig überein mit den Zielen des Völkerbundes, Beihilfe zu leisten bei der Bestrafung solcher Verbrechen, für die für die Schuldigen die Worte von Grotius gelten: „Sie müssen bestraft oder vernichtet oder in sicheren Gewahrsam gebracht werden“ (B. 2, Kapitel 21). — Wie könnte man sich dem Eindruck jener reaktionärer Kundgebungen entziehen, die eine Folge der Weigerung Hollands wären, wie könnte man verkennen, welch gefährliche Stärkung jene erführen, die der gerechten Bestrafung der Schuldigen und der exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, entgehen, wenn sich Holland widersetzt! Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, soll nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekunden und sich nicht außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen. Zu den Pflichten, denen sich aus ernsten Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen in der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schuldigen des Krieges, und sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch zögert und auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen aussprach, daß Gewalt vor Recht gehe und daß der Erfolg die Verbrechen heilige.

Von diesem Gesichtspunkt aus haben die Mächte die königliche Regierung gebeten, ihnen Wilhelm von Hohenzollern auszuliefern, und erneuern sie heute ihr Gesuch. Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrt, sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischem Gebiete so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, den Verbrecher vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen als auch verantwortlich für Europa und die ganze so gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des Exkaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum eines tätigen und wachsenden Intriguenspieles bleibt, stellt für die Mächte, die zur Beseitigung dieser tödlichen Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar. Die Mächte haben die Pflicht, solche Maßregeln zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet. Die Mächte können das peinliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Exkaiser auszuliefern ohne irgendeine Prüfung der Möglichkeit, wie die Weigerung Hollands in Einklang gebracht werden könnte mit jenen Vorsichtsmaßregeln, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Exkaisers vom Schauplatz seines Verbrechens, wodurch er gleichzeitig außerstande gesetzt werde, in Deutschland seinen unheilvollen Einfluß auszuüben. Obwohl ein solcher Vorschlag dem Verlangen der Verbündeten nicht ganz entsprochen hätte, so hätte er doch Zeugnis gegeben von den Gefühlen, denen sich Holland unmöglich entziehen kann.

Die Mächte machen in der feierlichsten und dringlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Fragen beimessen. Sie wünschen zu verstehen zu geben, wie ernst die Lage werden könnte, wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas so gebieterisch verlangt.

* * *

Zur gleichen Zeit mit dieser Note wird dem Begehren der deutschen Reichsregierung nachgegeben. Die Männer, die auf der Auslieferungsliste stehen, sollen vor dem Reichsgericht in Leipzig abgeurteilt werden. Allein von der Auslieferungspflicht sind wir nicht entbunden. Aus-

drücklich hat der Ministerpräsident Millerand diese Tatsache in einer Rede festgehalten.

Die Entente rechnet mit einem Stimmungsumschlag in Deutschland. Wir sollen reif gemacht werden für sklavische Gesinnung. Großen politischen Parteien in Deutschland ist daran gelegen, allen Schmutz des Reiches auf die früheren führenden Männer der früheren Herrschaft aufzuhäufen.

Glanz und Ruhm soll unter Schmutz und Morast begraben werden! Mehr denn je heißt es darum Würde bewahren. Wir ringen um Deutschlands Söhne, wir ringen für uns selbst, für Licht und freie Luft. Das Auslieferungsbegehren ist aufgeschoben, aber nicht aufgehoben — bleibt darum fest.

Gedruckt vom Münchner Buchgewerbehaus
M. Müller & Sohn, München

Kautsky gegen Kautsky

Münchner Buchgewerbehaus
M. Müller & Sohn, München